

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühr),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Felsenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Perrins-Anzeigen
für die dreispaltigen Beilagen oder deren Raum 80 4.

Inhalt: Am Jahreschluß. — An die Bäcker! — Maurer-
bewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte, Beiträge
zum Lehrbroschürenwesen. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau:
Unfälle, Arbeiterkassen, Subventionen usw. — Polizei und Gerichte.
— Berichtendes. — Eingegangene Schriften. — Anzeigen. —
Feuilleton: Skulpturen aus Gement.

verteilt worden. Daß die herrschenden Parteien im
Reichstag stets derselben Meinung gewesen sind, ergibt
sich aus dem Verlauf von Interpellationen und An-
trägen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Be-
ratung des Etats des Reichsjustizamts und bei anderen
Gelegenheiten.

Das Deutsche Reich, und ganz besonders Preußen,
ist in allen Stücken „in der Welt voran“. Dafür ist
die Geizgeizgebung auch in diesem Jahre eine Kette von
Beweisen. Obwohl die materielle Not des Volkes schon
lange zum Himmel schreit, antwortet die herrschende
Gesellschaft mit neuen reaktionären Steuergesetzen und
hält fest an den Zöllen und Grenzsperrern. Das Volk
dürftet nach geistiger Freiheit, die preussische Regierung
und „Volksvertretung“ antworten mit einem Schulgesetz,
das den Zwang hat, der weiteren Volksverdummung
Vorschub zu leisten. Entgegen der Forderung nach
Erweiterung der politischen Volksrechte, der sich selbst
Rußland nicht ganz entziehen kann, hält Preußen fest
an dem Klassenwahlrecht, und in den „Republiken“
Hamburg und Lübeck hat man sich sogar nicht scheut,
das bisherige Wahlrecht noch zu verschlimmern.
Dagegen haben weder die Einzelstaaten noch das Reich
vermocht, Gesetze zu fassen zu bringen, die geeignet sind,
die materielle und geistige Wohlfahrt des ganzen Volkes
zu heben und zu festigen. Alles von „Rechts wegen“.
Das „gereimte“ Deutsche Reich hat in den 35 Jahren
seines Bestehens nur großes geleistet in der Erregung
von Unzufriedenheit nach innen und nach außen, und
es ist wahrlich an der Zeit, daß sich diese berechtigten
Unzufriedenheit der großen Masse des Volkes zu einem
trautvollen und nachhaltigen Vorstoß verdichtet, um den
herrschenden Klängen hinweg zu setzen, der sich nur
stützt auf den Polizeiknüppel und auf die Bajonette der
Soldaten.

Die Arbeiterkassen in der Ausbreitung und Kräftigung
ihrer Organisation zu hindern, ist der herrschenden Ge-
walt freilich nicht gelungen. Auch in dem abgelaufenen
Jahre hat die Arbeiterbewegung, insbesondere die ge-
werkschaftlichen Organisationen, ganz wesentliche Fort-
schritte gemacht; und wohl die meisten Gewerkschaften
haben vermocht, für einen erheblichen Teil ihrer Mit-
glieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.
Aber den Gewerkschaften hat auch die politische Organi-
sation der Arbeiterkassen, die sozialdemokratische Partei,
eine erfreuliche Stärkung erfahren, wenigstens leider
immer noch sehr viele Gewerkschaftler ihre Pflicht, sich
politisch zu betätigen, nicht voll erfüllt und erfüllt haben.

Was speziell unsere Organisation, den Zentral-
verband der Maurer, anbetrifft, ist zu konstatieren,
daß er an der Vorwärtsbewegung der Gesamtorganisation
starken Anteil hat. Seine Mitgliederzahl hat sich in
dem zur Hälfte gehenden Jahre durchschnittlich um etwa
25 000 vermehrt, von 165 000 auf 190 000; zeitweilig,
in der Hochkonjunktur, bewegte sich die Zahl der Mit-
glieder um 200 000. Ende Juni, zum 15-jährigen
Bestand des Verbandes, hatte der „Grundstein“ eine
Auflage von 200 000 und Ende Oktober eine solche
von 208 000 Exemplaren, die Jahreseinnahme des Ver-
bandes dürfte um etwa M. 600 000 (1905: M. 3 125 000)
gegen das vorige Jahr gestiegen sein. Aber auch die
Ausgabe ist größer geworden, was angesichts der sich
von Jahr zu Jahr vermehrenden und verschärfenden
Kämpfe um die Verbesserung und Regelung der Lohn-
und Arbeitsbedingungen nicht verwunderlich sein kann.
Aber für die Durchführung der Lohnbewegung sind
in diesem Jahre rund M. 1 072 000 teils aus der Haupt-
kasse vorausgeschlagen worden, das sind rund M. 200 000
mehr als im Jahre 1905. Dabei ist zu bedenken,
daß eine Reihe von Einzelschritten aus Mitteln der
Lokalassen geführt werden.

Außergewöhnlich große Kämpfe, wo im Einzelfalle
mehrere tausend Kollegen in Frage kommen, hatten
wir in diesem Jahre nicht; desto langwieriger gestalteten
sich mehrere Streiks und Aussperrungen in kleinen und
mittleren Orten. Schon zeitig im Frühjahr, eigentlich
noch mitten im Winter, spitzten sich an einigen Orten
die Differenzen so zu, daß Arbeitseinstellungen die un-
vermeidliche Folge waren. Immer häufiger versuchten
auch die Unternehmer gerade zu dieser Zeit den starken
Mann herauszufahren und für sich gute für die Kollegen
deito schlechtere Arbeitsbedingungen auf längere Zeit
durch Androhung und Durchführung von Aussperrungen
zu erzwingen. Diese so naheliegende Taktik wird von
vielen unserer Kollegen noch immer nicht genügend
gewürdigt, obwohl wir wiederholt auf diese und andere
Fehler bei der Inangriffnahme der Lohnbewegung hin-
gewiesen haben.

Außer unseren eigenen Kämpfen erreichten einige
große Aussperrungen und Streiks in den Nachbar-
ländern unser größtes Interesse. Da ist vor allem die
Generalaussperrung in Wien zu erwähnen, die mit
einem großen Erfolg unserer Kollegen endete. Ferner
der überaus heftige Kampf in Zürich und anderen
hervorragenden schweizerischen Städten, der leider nicht
überall zu Gunsten der Kollegen ausfiel. Noch nicht
zum Abbruch gelangt ist die schon mehrere Wochen
dauernde Aussperrung in Budapest, wo das
organisierte Unternehmertum die Arbeitsbedingungen
verschlechtert und die Organisation der baugewerblichen
Arbeiter ausrotten möchte. Die Kollegen in Oesterreich
und der Schweiz sind uns Reichsdeutschen eng ver-
bündet; ihr Sieg ist auch unser Sieg, und wir haben
daher ein lebhaftes Interesse an dem stetigen Fortschritt
ihrer Organisation und der Verbesserung ihrer Arbeits-
bedingungen. Und nicht minderen Erfolg wünschen wir
unseren ungariischen Brüdern wie auch allen tapferen
Kämpfern.

Von besonderen Aktionen, die unser Verband außer
der Lohnbewegung durchzuführen hatte, dürfen wir mit
Stolz erwähnen die Flugblattverbreitung, verbunden
mit Haus- und Bantennagitation, die in allen Gauen
Deutschlands einen befriedigenden Verlauf nahm. Diese
Agitation zur gründlichen Aufrüttelung der Kollegenchaft
wird auch in den folgenden Jahren wiederholt werden.
Eine weitere allgemeine Agitation wurde im Spätherbst
vorbereitet und zu Beginn des Herbstes in dem größten
Teile des Verbandsgebietes durchgeführt; sie hatte zum
Ziel die Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit.
Der mündlichen Agitation ging auch in diesem Falle
die Verbreitung eines Flugblattes und einer Broschüre
in Hunderttausenden von Exemplaren voraus. In den
selben Verammlungen wurden die Pläne der Scharf-
macher im „Arbeitgeberverband“ für das Baugewerbe,
die auf umfangreiche Aussperrungen gerichtet sind, ge-
bührend aufgedeckt. Unsere an den Verammlungen
teilnehmenden Verbandsmitglieder haben mit Enthusiasmus
bekundet, daß sie alles anboten wollen, den
Verband so zu stärken, daß er nicht nur allen Vorstößen
der Unternehmerorganisation standhält, sondern auch
ferner in der Lage ist, die Verbesserung der Lohn- und
Arbeitsbedingungen hervorragend zu betreiben.

Nach alledem ist zu hoffen, daß auch im neuen
Jahre alsbald die Kollegen allüberall mit frischem
Mut in die Agitation eintreten und neben der Er-
ledigung der Geschäfte für den Verbandstag dafür
sorgen, daß unsere Organisation, der Zentralverband
der Maurer Deutschlands, wachse an Mitgliedern und
jeglichen Nachmitteln, die ihn befähigen zum Fort-
schritt der Maurer Deutschlands.

Herzlichen

Glückwunsch zum Jahreswechsel
entbieten wir allen Mitgliedern
des Zentralverbandes der Mau-
rer Deutschlands sowie allen Ge-
noßen und Freunden.

Redaktion und Expedition des „Grundstein“.
Der Verbandsvorstand.

Am Jahreschluß.

Wiederum ist ein Jahr entschwunden, reich an
Mühsal und Enttäuschung aller Art für das arbeitende
Volk. Zwar hat die organisierte Arbeiterkassen auch
in diesem Jahre, zum Teil mit großer Wucht, gekämpft
um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung und für die
politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleich-
berechtigung aller Menschen, trotz alledem ist sie aber
nur um ein kleines vorwärts gekommen. Leider hat
es das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit noch
immer nicht verstanden, sich die ihm gebührende Ver-
tretung in der Gesetzgebung zu schaffen. Viele Tausende
von Arbeitern und Handwerkern betrauen noch immer
mit der Vertretung ihrer Interessen die schlimmsten
Feinde des Volkes: Junker und Großindustrielle und
deren Anwälte. Immer noch stehen die Regierungen
unter dem schärfsten Einfluß dieser Ausbeuterklasse, die
dem Volke nicht nur die notwendigen Lebensbedürfnisse
durch Zölle und Steuern verteuert, sondern es auch
mit allen Mitteln von der Teilnahme an den Gütern
der Kultur auszuschließen sucht. Und bei alledem
betreiben die kapitalistischen Goldsucher die böswilligste
Seize gegen die Arbeiterbewegung; unausgesetzt sind sie
tätig, die gesetzgebenden Körperschaften, Polizei und
Gerichte zu noch schärferer Unterdrückung der arbeitenden
Klasse zu veranlassen. Was auf diesem Gebiete bisher
geleistet worden ist, spottet aller Beschreibung.

Die polizeilichen Maßnahmen zur Beschränkung
der Arbeiterkassen haben längst einen Stand erreicht,
der jede Rechtschaffenheit vermissen läßt. Man denke
nur an die Streikprohibitivverbote. Und die Urteile der
Gerichte haben diesen Zustand wahrlich nicht verbessert.
Strafe Klassenurteile, die „Erhöhungen“ und „Er-
pressungen“ in einfachen Mitteilungen über Differenzen
und ihre Folgen „feststellen“, woran früher kein Mensch
gedacht hat, sind an der Tagesordnung. Im preussischen
Abgeordnetenhaus ist sogar ohne Scheu ausgesprochen
worden, daß es Pflicht der Gerichte sei, im Interesse
der herrschenden Gesellschaft Klassenurteile zu fällen,
und von den Scharfmacherorganen unter der bürger-
lichen Presse ist die Richtigkeit und Notwendigkeit
solcher „Rechtsprechung“ noch besonders bestätigt und

An die Wähler!

Dem Wahlaufsatz der bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entnehmen wir folgende Sätze:

Die Weltlage ist so, daß ungeachtet aller Versicherungen ihrer Friedensliebe, die die regierenden Herren bald bei dieser, bald bei jener Gelegenheit abgeben, die Kämpfungen zu Wasser und zu Lande immer gewaltiger werden, die Schulden und die Steuerlast der Nationen immer mehr wachsen und ein Gefühl der Bedrückung wie vor dem Herannahen einer ungeheuren Katastrophe die Kulturvölker immer stärker beherrscht und sie nicht zum ruhigen Genuß der Früchte ihrer Arbeit kommen läßt.

Wir Sozialdemokraten haben die Politik, die zu solchen Resultaten führen mußte, von Anfang an bekämpft. Wir haben unausgesetzt verlangt und verlangen immer wieder, daß die Kulturvölker statt in der Errichtung großer Armeen und Flotten und in der Erfindung und Herstellung der vollendetsten Menschenvernichtungsmaschinen, in den Werken des Friedens und der Zivilisation weilt. Die Erde ist groß und reich genug, um allen Glück und Wohlfahrt zu ermöglichen und sie zu einer Stätte friedlicher Wettbewerbs in den Werken der Kultur und Zivilisation zu gestalten.

Statt dessen setzen wir die herrschenden Klassen, die mit der Lösung: vor den Frieden will, muß für den Krieg sich rüsten, die Völkerderseindungs politik zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft im Innern betreiben. Die Kämpfungen zu Wasser und zu Lande dienen ihnen zur Bereicherung. Dabei hegen sie den Hintergedanken, daß die Völker, die in beständiger Sorge und Angst vor dem eroderungs- und kriegsbedingten Nachbar gehalten werden, sich nicht der Verbesserung der sozialen Zustände zuwenden, wie sie es sonst könnten und sollten.

Diese völkerverwundende Politik, in der Deutschland heute den Ton angibt, haben wir bisher auf das entschiedenste bekämpft, wir werden sie weiter bekämpfen.

Die Auflösung des Reichstages hat vorerst das Volk davon bewahrt, die neuen Opfer kennen zu lernen, die seiner warten. Unsere Pflicht ist es, sie ihm vorzuführen, damit es bei den Wahlen seine Entscheidung treffen vermag.

Der Etat für 1907, der infolge der Auflösung nicht beraten werden konnte, heißt entsetzlich den oben charakterisierten Politik eine sehr erhebliche Erhöhung der finanziellen Kosten. Der Militäretat fordert einseitig die einmaligen und der außerordentlichen Ausgaben die Summe von rund 799 Millionen Mark, gegen das Vorjahr mehr rund 61 Millionen Mark. Es ist aber ein öffentliches Geheimnis, daß die Militärverwaltung noch weit höhere Anforderungen an die Finanzverwaltung stellt, weil sie meinte, sie sei in Rücksicht auf die trostlose finanzielle Lage des Reiches in den letzten Jahren zu bescheiden gewesen! Der Marineetat fordert insgesamt rund 291 Millionen Mark, gegen 1906 mehr 24 1/2 Millionen Mark. Der allgemeine Friedenspensionsfonds fordert rund 108 1/2 Millionen Mark, die mit Ausnahme von rund 2600 000 Mark für die Zivilverwaltung ausschließlich für die Pensionäre in der Militär- und Marineverwaltung Verwendung finden. Die Reichsschuld erfordert an Zinsen im Jahre 1907 136 1/2 Millionen Mark, mehr gegen 1906 über 9 Millionen Mark. Von diesen Zinsen

fallen über Dreiviertel auf Schulden, die für die Zwecke der Militär- und Marineverwaltung gemacht wurden.

An der traurigen Finanzlage des Reiches tragen sämtliche bürgerliche Parteien des Reichstages die Schuld, ba sie dem Reichsetat ihre Zustimmung gaben. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der neue Reichstag sich abermals mit der Suche nach neuen Steuerquellen befassen muß.

Wir haben die feste Überzeugung, daß dieser finanziellen Mißwirtschaft nur gesteuert werden kann, wenn diejenigen Klassen, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, künftig nach Maßgabe ihres Vermögens und ihres Einkommens zu den Reichsschulden herangezogen werden. Bisher wurde die bequeme Methode verfolgt, die Lasten des Reiches vorwiegend auf dem Wege der indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse aufzubringen. Diese hat bisher den Hauptteil der Reichsschulden getragen.

Unsere Vertreter im neuen Reichstag werden nach wie vor verlangen, daß die Lasten denen aufgelegt werden, die sie am leichtesten tragen können und deren angeblicher Patriotismus sie veranlaßt, immer neue Mehrausgaben für Kämpfungen und unproduktive Zwecke zu bewilligen, auf den eigenen Beutel aber den Damm zu halten.

Wir fordern die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer vor allem, die über 4.000 Jahreseinkommen haben, und eine progressive Vermögenssteuer von allen, die mehr als 40.000 Vermögen besitzen. Des weiteren fordern wir den Ausbau der Reichs-Einkommensteuer, die statt der 36 Millionen Mark im Etat für 1907 mit Reichweite mehr als das Sechsfache ergeben kann.

Wähler! An euch ist es, durch Abgabe eurer Stimmen am 25. Januar 1907 dafür zu sorgen, daß die Träger der bisherigen Politik aus dem Reichstage verschwinden.

Die Zoll- und Abzehrungs politik der Regierungen, gestützt auf eine agrarische Mehrheit des bisherigen Reichstages, hat eine nie gekannte Teuerung der Lebensmittel, insbesondere der Fleischnahrung, herbeigeführt. Diese Politik wirkt unseren Agrariern weit über 1000 Millionen Mark im Jahre in den Schoß, auf Kosten der nichtagrarischen Bevölkerung. Diese Politik bedeutet nicht nur eine Teuerung in Vermögen, sie bedeutet steigende Teuerung, weil mit dem Wachstum der Bevölkerung Deutschlands um ungefähr jährlich eine Million Köpfe die Lebensmittelerzeugung im Reich nicht gleichen Schritt halten kann. Während so die Großagrarien riesenprofite einheimen, für sie der Himmel voller Geigen hängt, fehlt die Not und das Elend in Millionen deutscher Familien ein, werden die Fleischportionen auf den Tischen unserer Arbeiter, Kleinbürger und niederen Beamten immer kleiner, bis sie für Hunderttausende ganz verschwinden.

Die fällige Unterernährung von vielen Millionen Menschen mit all ihren Folgen, wie Abnahme der Körperkräfte und der Leistungsfähigkeit, häufigere Krankheiten und frühzeitiger Tod, ist das Resultat. Daneben schnellen die Staats- und Gemeindefinanz durch die erhöhten Ausgaben für Armen- und Waisen-

lasten, für Kranken-, Sielen- und Gefangenanstalten aller Art, für die Ernährung von Heer und Marine in die Höhe. Und das bedingt wiederum Erhöhung der Steuern.

Aber nicht nur das Fleisch, sondern auch Brot, Butter, Eier und vor allem die Milch — die Hauptnahrung unserer Kinder — haben schon erhebliche Preissteigerungen erfahren, und bereits können die kleineren agrarischen Organisationen, wie sie weiter die Genuß der Umstände ausnützen können, um den Armen und Vermögenden in Stadt und Land das Leben noch schwerer zu machen.

Kommunargar eine große Krise, so ist das Elend der Massen nicht zu ermessen, das aus der Aufrechterhaltung unserer Agrar- und Zollpolitik resultiert.

Wähler! Wollt Ihr die Hungerpolitik der großen Agrarier nicht fernhin über euren Häuptern und den Häuptern eurer Familien geschwungen sehen, so wählt Vertreter, die diese Aushungerungs politik ein Ende machen, wählt Sozialdemokraten. Fort mit den Lebensmittelschneidern!

Die Sozialpolitik ist in den Sessionen des Reichstages von 1903—1906 gar jämmerlich gefahren. Die einzige „große Tat“, zu der die Regierungen sich aufgerafft haben, war der Gesetzentwurf über die Reichslosigkeit der Berufsvereine, und dieser Gesetzentwurf bietet unseren Arbeitern keine Hilfe. Er ist der Ausfluß der denkbar reaktionärsten Arbeiterpolitik. Dafür zu sorgen, daß dieser oder ein ihm ähnlicher Entwurf in den nächsten Tagungen des Reichstages nicht Gesetz wird, ist eine der vornehmsten Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse bei dieser Wahl durch ihre Stimmabgabe zu erfüllen hat.

Ein gesetzlicher Normalarbeitstag, der Seimarbeiter, die Sicherung des Koalitionsrechtes, ein freies, eines Kulturstaates würdiges Vereins- und Versammlungsrecht, das endlich auch die Landarbeiter und die Frauen als gleichberechtigt anerkennt, die Erweiterung des Wahlrechts auf die Frauen, die Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungsfähigkeit der Versicherungs-gesetzgebung und vieles andere sind Forderungen, für deren Verwirklichung die Vertreter der Sozialdemokratie im künftigen Reichstage zu kämpfen haben werden.

Wähler Deutschlands! Wir wissen, daß alles, was wir heute erlangen können, nur Stückwerk ist gegenüber dem, was erreicht werden müßte. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umwandlung unserer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft, die volle Anteilnahme an den Erwerbschancen der Kultur auch für den letzten unter uns nur das Werk des festen Willens und der klaren Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, dank der Engherzigkeit der herrschenden Klassen die Revolutionierung der Köpfe herbeiführen, d. h. die Einsicht und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage schaffen. Die Not der Zeit lehrt die Menschen denken.

Skulpturen aus Zement.

Von Fred Goeb.

(Nachdruck verboten.)

Während die vorzüglichen Eigenschaften des Zements den Architekten und Ingenieuren allgemein bekannt sind, wie die außerordentliche Entwicklung der Zementbauweise in unserer Zeit ausdeutlich beweist, ist die Verwendung von Zement für rein künstlerische Zwecke eigentlich noch nicht über die Anfänge hinausgekommen. Es werden allerdings seit langem für den Hausbau Ornamente und figurliche Arbeiten mannigfacher Art aus Zement gegossen, aber die Anerkennung der Bauartikel geschieht nach denselben Prinzipien, wenigstens auch nicht nach denselben Technik, wie die Herstellung konstruktiver Teile — man hat sogenannt die künstlerischen Möglichkeiten und Effekte des Materials noch nicht ermittelt. So darf sogar sagen, daß man im allgemeinen einen ganz verkehrten Weg eingeschlagen hat, indem man die Kunst und die Färbung des Zements, namentlich des Portlandzements, zu überwinden trachtete. Schon das ist kein künstlerisches Prinzip — man wird die Grundzüge für die künstlerische Behandlung des Zements aus der Natur des Materials ableiten müssen.

Das Ersetzen der Skulpturen aus Zement eine möglichst glatte Oberfläche und eine feine Färbung zu versehen, ist wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß den betreffenden Bildhauern die Arbeiten in Gips und Stein vorzuziehen; aber die feine Färbung oder helle Tönung und die gleichmäßige feinstreunige Struktur ist wohl dem Zufall eigenständig, widerstreitet aber der Natur des Zements. Erst in jüngster Zeit haben einige Bildhauer und Kunsthandwerker einen neuen Weg eingeschlagen; sie sagten sich, gerade die Rauheit des mit Sand verfestigten Zements sei zur Erzielung gewisser künstlerischer Effekte geeignet; denn auch gewisse Natursteine zeigen eine derartig rauhe, löcherige Beschaffenheit, so z. B. verschiedene vulkanische Gesteine. Endlich führte die Beobachtung, daß der rauh behandelte Zementguss häufig den Eindruck verwitterten Gesteins hervorruft, zur Nachbildung alter, vom Zahn der Zeit angegriffener Skulpturen, oder man gab auch modernen Arbeiten den Charakter alter Bildwerke. Es läßt sich nicht leugnen, daß vermittelte Steinreliefs und Skulpturen einen eigenen Reiz besitzen, und wenn es gerechtfertigt erscheint, modernen Bronzen eine künstlerische Patina zu

verleihen, so wird man auch Statuen von Stein durch künstliche Mittel mit gewissen Anzeichen des Alters und der Verwitterung versehen dürfen. Bei Arbeiten in Naturstein sind allerdings gewisse gewaltsame Mittel zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich, während bei Arbeiten in Zement dieser Effekt mit ziemlich geringer Mühe zu erreichen ist. Die glückliche Nachbildung eines Münchener Brunnens in Kunststein auf der bayerischen Jubiläumsausstellung und andere Zementarbeiten mit rauher, fast löcheriger Oberfläche auf derselben Ausstellung zeigen ungefähr, in welcher Weise man bildnerische Arbeiten aus Zement behandeln soll. Die Färbung ist nicht ganz zu verwerfen, nur sollte man allein Färbungen wählen, welche die dunkle Tönung etwas mildern und das Material dem Steincharakter etwas näher bringen, ohne seine wahre Natur zu verfeinern.

Das Färben des Zements ist mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft. Einige Farben wirken Gemisch auf ihn ein, indem sie den Farbton der Mischung verändern und unschöne Flecken ergeben. Andere Farbstoffe beeinträchtigen die Bindkraft des Zements. Andererseits verändert auch die Sonne, der größere oder geringere Grad des Abtrocknens und Trocknens bzw. auch der Grad der Feuchtigkeit die Färbung, ja sogar den natürlichen grauen oder grünen Ton. Auch auf die Art der Färbemethode kommt es an. Man wird bei Versuchen finden, daß es bei manchen Mischungen vorzuziehen ist, die ganze Masse mit der Farbe zu durchdrücken, während man in anderen Fällen gute Resultate dadurch erzielen wird, daß man die Farbe nur in dünner Schicht auf die Innenfläche der Form bringt, in die man nun die Zementmasse gießt oder einbrückt. Auf diese Weise erhält das Arbeitsstück nur eine dünne Farbschicht, die sich während des Erhärtens der Oberfläche mit dem Zement verbindet. Auf diese Art soll z. B. ein amerikanischer Künstler, Mercer, hübsche Effekte erzielt haben.

Die Erzielung der feinsten Struktur scheint von gewissen Zufällen abzuhängen, die noch nicht hinlänglich geklärt sind. Oft findet man, daß Teile der Masse, die neben die Form gefüllt sind, eine ganz naturgetreue Steinstruktur aufweisen, während man sie in der Form nicht erreichen kann und die geformten Stücke eine felsene und unschöne Oberfläche erhalten. Ist die Masse nicht plastisch genug, so kann das Anrühren des Materials mit einem reichhaltigen Wasserquantum häßliche Flecke

auf der Oberfläche erzeugen, die durch die feinsten, an einzelnen Stellen angeklebten Teilchen gebildet werden. Verwendet man aber, um diesen Reibstoff zu vermeiden, die Masse zu trocknen, dann fällt sie nicht vollkommen die Form aus, so daß sich nun erst recht ein ganz unzulängliches Resultat ergibt.

Diese Mängel können auf verschiedene Weise vermieden werden, nur lassen sich keine allgemein gültigen Regeln aufstellen, man muß vielmehr probieren, mit welchen Mischungen man bei einer vorliegenden Zementsorte am weitesten kommt. Vor allen Dingen soll man den Zement nicht als Hauptmasse, sondern im wesentlichen als Bindemittel benutzen, das ganz den Sand und Kies zu einer plastischen Masse zu vereinigen hat. Je nach der Beschaffenheit der Probe wird man dann grobe oder feine Materialien zulegen müssen, etwa wie der Keramiker seinem Ton durch Zusatz von Sand, Ziegelmehl bzw. durch Zusatz eines besonders feinen Tons magerer oder fetter macht — je nachdem es die Arbeit erfordert. Die Magerungsmittel für Zement können von sehr verschiedener Beschaffenheit sein, sie werden vielfach auch von der beabsichtigten künstlerischen Wirkung abhängig; es ist hier gleichsam alles noch erlaubt — wenigstens für die Arbeit im Atelier — da wir tatsächlich auf diesem Gebiete über das Stadium der Experimente noch nicht hinausgekommen sind. Eine originelle Methode, den künstlerischen Arbeiten den eigentümlichen Charakter vom Alter zuzufügen, besteht z. B. darin, daß man die Form selbst innen mit einer feinen Schicht überzieht, die in der plastischen Masse die gewünschte Rauheit, Rerbung usw. hervorruft.

Diese Vorstufen machen viel Arbeit und beanspruchen viel Zeit; hat man aber mit einer bestimmten Mischung und einer ausgeprobten Methode ein glänzendes Resultat erreicht, so kann man jedes Kunstwerk auf diese Weise reproduzieren und eine große Zahl gleichartiger Werke erzielen.

Selbstverständlich ist dies nicht der einzige Weg, künstlerische Effekte aus der Natur des Zements bzw. des Zementmörtels abzuleiten; wir können aber jedenfalls aus dem Beispiel entnehmen, wie wenig ungeordnet es ist, eine elegante Patina auf einem Material anzubringen, das gerade zu einer Nachbildung rauer, felsiger Strukturen geeignet ist. Damit ist im Grunde schon die Bahn vorgezeichnet, auf der sich die künstlerischen Bestrebungen auf diesem Gebiete hauptsächlich bewegen sollten.

von Vertretern aller in dieser Branche beschäftigten Verbandskollegen einzubringen." (Zit bereits in Aussicht genommen. Die Redaktion.)

Hannover. Der hiesige Zweigverein hielt am 4. Dezember im „Ballhof“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen Wendt und Arndt in der üblichen Weise gekehrt. Hierauf kam ein Antrag der Fliesenleger zur Beratung, ihnen die Bildung einer Sektion zu gewähren. Kollege Meißner führte hierzu folgendes aus: Die Fliesenleger seien bereits im Sommer 1905 an den Vorstand des hiesigen Zweigvereins zwecks Gründung einer Sektion herangetreten, durch verschiedene Umstände war es erst jetzt angebracht, weitere Schritte in dieser Sache zu tun. Soweit unsere Kollegen im Spezialgewerbe der Fliesenleger tätig waren, gehörten sie zwei Organisationen an, dem Zentralverband und der freien Vereinigung (Kolonisationsorganisation). Auch herrsche in diesem Gewerbe das Zwischenmeisterthum (diese Zwischenmeister sind sogar Mitglieder jener Sonderbänder), das zu einer schweren Schädigung der Fliesenleger führe. Redner führte noch weiter aus, daß es auch einen Teil einseitiger Kollegen unter den Kolonialorganisierten Fliesenlegern gebe, der aus diesem System fast hätte. Durch die Agitation der Kollegen werde es möglich sein, auch diese zu überzeugen und unserem Verbande zuzuführen; denn nur durch ein gemeinsames einheitliches Organisationsverhältnis könne ein erfolgreiches Gelingen und zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beigetragen werden. Im ferneren wies Redner auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitag hin, durch die die Arbeiter verpflichtet worden, sich dem Zentralverbande anzuschließen. Günstig lägen die Kolonialorganisierten Kollegen bald zu der Einsicht. Aus diesen angeführten Gründen sei es notwendig, um den Fliesenlegern zu Hilfe zu kommen und die Organisationsarbeit vorwärts zu bringen, daß eine Sektion gewährt werde. Es wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen. Rumpke referierte Kollege Meißner über den neu abgelaufenen Lohnstreik. Er führte aus: In wenigen Wochen stehen wir vor der Jahreswende, so auch vor der Erneuerung unseres Tarifs. Die Kollegenschaft trete heute zum vierten Male in diesen Räumen zusammen, um über die in Zukunft zu gestaltenden Löhne, sowie über das Wohl und Wehe der Maurer zu beraten. Im Jahre 1898 sei der erste Kampf geführt worden. Von 1898 bis 1899 sei der Organisationsgedanke unter den Kollegen nicht zur Reife gekommen, bis im Jahre 1900 der Druck der Verhältnisse dazu anwand, sich aufzuraffen und zu organisieren. Von selbst sind die hannoverschen Unternehmer im Baugewerbe nicht zur Einsicht gekommen, die traurigen, schlechten Lohnverhältnisse etwas zu verbessern. 1898 wurde in einen partiellen Streik eingetreten, um den in den Jahren 1899–02 bereits gezahlten Stundenlohn von 45 s wieder zu erringen. Im Jahre 1900 kamen die am Orte arbeitenden Kollegen zur Besinnung, daß mit einem Stundenlohn von 45 s für eine Großstadt wie Hannover nicht auszukommen sei. Es begann ein reges Leben, die Maurer stellten Forderungen an die Unternehmer. Diese ließen sich jedoch, wie die Unternehmer Hannovers nun einmal dafür bekannt sind, auf nichts ein. Infolgedessen beschloßen die Maurer den Streik. Man kann sagen, daß dieser Streik in recht einmütiger Weise geführt worden ist. Nicht allein der Stundenlohn ist erhöht, sondern auch die Anerkennung der Organisation wurde erzielt; ja, noch ein weiteres ist erreicht, das betrifft die Bauten und Aborte, die hier in geradezu miserablen Verhältnissen vorhanden waren. Alles dieses beweist, daß das noch erreicht werden kann, wenn kein Kollege außer der Organisation steht. Von diesem Zeitpunkt ab kam die Erkenntnis der hannoverschen Maurer, und es ging vorwärts. 1903 traten die Zimmerer wegen Nichtbezahlung von 55 s Stundenlohn in einen Streik. Da verlangten die hiesigen Unternehmer von den Maurern, auf die Zimmerer einzuwirken, daß diese wieder die Arbeit aufnehmen sollten; als dies nicht gelang, wurden sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. Das gab der Kollegenschaft einen neuen Anstoß zum Zusammenhalt; wer von den Kollegen noch nicht fest mit den Bestrebungen der Organisation vertraut war, der ist es durch die siebenwöchige Aussperrung geworden. Erreicht ist ein 55 s Stundenlohn nebst neunzehnhundertfünfteliger Arbeitszeit; die Erhöhung des Stundenlohnes trat stufenweise ein. Nachdem 24 Jahre in der Vertragsperiode vergangen waren, regten die Kollegen in Versammlungen wiederholt an, in eine Lohnbewegung einzutreten. Am 27. März 1906 wurde dann in einer Versammlung beschlossen, an die Unternehmer zwecks Aufhebung des Stundenlohnes heranzutreten, und am 31. März 1906 wurde folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gerichtet:

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Hannover) hat in seiner Mitgliederversammlung am 27. März d. J. durch eine Resolution zu erkennen gegeben, daß in Anbetracht der momentanen schon sehr teuren Lebensmittel, welche in allernächster Zeit durch die Wirkungen des neuen Zolltarifs noch eine weitere Steigerung erfahren werden, es eine dringende Notwendigkeit ist, durch Erhöhung des Stundenlohnes einen Ausgleich zu finden.

Der unterzeichnete Vorstand ist nun beauftragt worden, mit dem löbl. Vorstand des Arbeitgeberverbandes in dieser Frage in Verhandlungen zu treten. Indem wir uns des gedachten V. trages hierdurch entledigen, ersuchen wir, baldmöglichst eine Sitzung heranzulassen zu wollen.

Ihrer gefl. Antwort entgegengehend, zeichnet
Gedächtnisvoll
Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Hannover.
J. A. Fr. Meißner.

Auf Grund dieses Schreibens wurden wir zu einer Sitzung eingeladen; die Unternehmer gaben zu, daß die Verhältnisse während dieser Vertragsperiode sehr teuer seien, da aber der im Jahre 1903 abgeschlossene Tarif bis 18. März 1907 Gültigkeit habe, müsse er auch gehalten werden. Auch sagten die Unternehmer, daß, wenn wir die Forderung durchsetzten, ein Vertragsbruch vorläge.

Unsererseits wurde darauf hingewiesen, daß es sich hier nur um eine Teuerungszulage handle; es half jedoch nichts, die Unternehmer lehnten sie ab. Redner schloß dann noch, daß von 1898 bis zum 16. März 1907, also in nahezu elf Jahren, 10 s erreicht seien, also nicht einmal ein ganzer Wemig jedes Jahr. Am 28. November brachte der „Hannov. Anzeiger“ einen Artikel, überschrieben: „Ein allgemeiner Bauarbeiterstreik für das nächste Frühjahr in Sicht“. Von wem der Artikel stammt, weiß Redner nicht, glaubt aber nicht fehlzugehen, daß er von der Arbeitslosenkommission stammt und bestimmt ist, einmal auf den Busch zu klopfen. Wir hatten keine Ursache, darauf zu reagieren. Das Charakteristische an diesem Artikel sei die Bemerkung im letzten Satz von den wenigen angemeldeten Bauten, trotzdem ein gutes Baujahr schon jetzt feilsche. Es wurde nunmehr in die Tarifberatung eingetreten. Der Vorstand gab bekannt, daß gemeinschaftlich mit der christlichen Organisation ein neuer Tarif ausgearbeitet, der Stundenlohn für Maurer auf 65 s und die neunzehnhundertfünftel Arbeitszeit festgesetzt worden sei. Sämtliche Redner waren der Meinung, daß ein Stundenlohn von 70 s gefordert werden müsse, da die teuren Lebensmittelpreise diese Höhe forderten. Nach längerer Sin- und Herrede wurden schließlich die vom Vorstand gemachten Vorschläge angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Festsitzung des Arbeitsregulierungsbureaus und die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu fordern. Die Abrechnung vom letzten Vergnügen ergab einen Ueberschuß von 54.80.

Hersfeld. In der Versammlung am 9. Dezember wurden zunächst die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Den Bericht der Schlichtungskommission gab der Kollege Barthel. Er führte aus, daß bei dem Bauunternehmer August Gault, dem der Bau der städtischen Badeanstalt übertragen worden ist, Differenzen ausgebrochen wären, weil unsere Kollegen die Aufstellung eines Ofens in der Baubude verlangten, worauf zwölf Kollegen entlassen und als Strafe für das Verlangen einer berechtigten Forderung auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Die Schlichtungskommission erkannte an, daß die schwarze Liste zu Unrecht herausgegeben worden sei und sofort zurückgezogen werden müsse. Schadenersatz zu zahlen, weigerte sich der Unternehmer, und wird sich damit noch das Gewerbegericht zu beschäftigen haben. Der Kollege Pfaffenberg hielt hierauf einen Vortrag über: „Organisation und die Rechtfertigung der Berufsvereine“.

Kaisla. Mittwoch, den 6. Dezember, begingen unsere Verbandskollegen mit samt der ganzen hiesigen organisierten Arbeiterschaft und den anliegenden Dörfern einen freudigen Abend. Um 8½ Uhr hatten ungefähr 600 organisierte Arbeiter des Bundes, der uns unsere Kollegen Pfanz und Genossen Seibel aus dem Landgerichtsfängnis Altenburg zurückerbringen sollte. Diese beiden hatten dort einen Monat zupringen müssen, weil sie sich einer Erpressung anlässlich der Maureraussperrung schuldig gemacht haben sollten. Aber wer kann es dem Volke verdenken, wenn es anders darüber urteilt? Am Bahnhof wurde beiden von zwei Delegierten unter Begrüßungsworten zwei Blumensträuße überreicht, dann ging es unter herzlichen Willkommrufen der Menge durch die Straßen der Stadt nach dem Gewerkschaftslokal „Anker“. Es war ein imposanter Zug in zugehöriger Unterhaltung, der selbst die kühnsten Erwartungen der Delegierten übertraf. Das Lokal konnte die Menschen nicht alle fassen, deshalb mußten viele andere Lokale aufsuchen. Die Maurer nebst der ganzen Arbeiterschaft haben den Einwohnern Kaisla gezeigt, wie man seine Kämpfer ehrt. Wirklich, ein Festsitz hätte auch nicht mehr gekehrt werden können. Günstig war es denn Strohofer, was die Kollegen und Genossen bestellte. Denn immer und immer wieder müssen wir uns die Worte ins Gedächtnis rufen: „Vereinigt sind wir alles, vereinzelt nichts.“ Darum Kollegen, „Zusammen vorwärts“, muß stets unsere Losung sein.

Landesberg a. d. B. Am 9. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Als erster Vorsitzender wurde der verunglückte Kollege B. Gierlich einstimmig und als Kassierer Kollege A. Schmöck wieder gewählt. Es kam dann noch ein Fall zur Sprache. Am Bau des Unternehmers F. Möller in der Mühlentstraße ist eine ganz unvorstellbare Baubude. In dieser Bude hatten die dort beschäftigten Kollegen schon neun Wochen mit voller Zufriedenheit gehaust. Als nun einige aufgeweckte Kollegen dort in Arbeit traten, verlangten sie energig Abblöde vom Unternehmer, was ja auch ihr gutes Recht ist. Sie meldeten dies gleich dem Vorsitzenden, der den Unternehmer Möller aufforderte, innerhalb dreier Tage eine vorläufige Abblöde herzustellen. Da nun den blauen Polieren dort auf dem Bau diese Kollegen gefährlich zu sein schienen, wurden sie nach einem anderen Bau verdröben und schließlich entlassen. Und nun hausten die so recht geduldeten Kollegen ruhig in dieser Bude weiter; einige sollen sogar den blauen Polieren und dem Unternehmer gegenüber ihre volle Zufriedenheit mit der Bude ausgedrückt haben. Als sie nun in der Versammlung zur Rede gestellt wurden, sagte Gottlieb: „Wenn Otto nicht sagt, siehe ich auch nicht!“ Es wurde ihnen aber in ganz gebührender Weise klar gemacht, daß sie als organisierte Kollegen die verdiente Mühe und Schuttheit hätten, ihr gutes Recht zu fordern und sich nicht als „Dummkäuser“ vor dem Unternehmer oder vor den blauen Polieren zu zeigen.

Reitzig. Die hiesigen Radikpoker hielten am 14. Dezember im Volkshaus eine Versammlung ab, die gut besucht war. Nach der Kontrolle der Mitgliedsbücher gab Kollege Küster Bericht über seine Tätigkeit. Hiernach wurde er fast einstimmig als Sektionsleiter wiedergewählt. Bei „Innerer Vereinsangelegenheiten“ entspann sich eine sehr scharfe Diskussion über die Maurer, die immer noch Radikarbeiten bei den Maurermeistern zum Stundenlohn von 68 s ausführen, da doch für Radikarbeiten ein Stundenlohn von 85 s zu erlangen sei. Der Sektionsleiter wurde beauftragt, diese Angelegenheit mit der Leitung der Maurer zu regeln. Mit einem Appell an die Kollegen, sich der politischen Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Muschwitz. Die Sonntag, den 16. Dezember, hier abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. Nach längerer

Debatte wurde der Vorsitzende beauftragt, mit den zur Wahlabteilung gehörigen Zweigvereinsvorständen in Verbindung zu treten betreffs Aufstellung eines Kandidaten. Mit scharfen Worten geistelte Kollege Kuge den im Reichstag zur schwersten Schädigung aller Organisationen einbrachten Gesetzentwurf, betreffend gewerbliche Berufsvereine, und forderte auf, hiergegen energig Protest zu erheben. Ferner wurde beschlossen, den Vorschlag von 5 s pro Woche zur Dedung der Kartellbeiträge und der „Grundstein“-Kasportage auch während des Winters zu erheben; hierzu sollen die vorhandenen Kartellmarken verwandt werden.

NB. Die Kollegen werden ersucht, für einen besseren Besuch der Versammlungen zu sorgen. In einer so bewegten Zeit sollte man meinen, daß jedem Arbeiter das Interesse am öffentlichen Leben mit der Höl- und Hungerpeitsche eingepaukt würde.

Rosfen. Sonntag, den 9. Dezember, tagte im Gasthof zu Augustsburg die erste Versammlung der neu gegründeten Bahtelle, um die nötigen Beschlüsse zu fassen und die Zahlen vorzunehmen. Die „Grundstein“-träger sollen in der bisherigen Weise entschädigt werden, wie es in Dresden üblich ist. Für Agitation oder sonstige Arbeiten, die außerhalb des Wohnortes gemacht werden müssen, sollen außer dem Stundenlohn für den Tag 2 s Auslösung bezahlt werden, für den halben Tag die Hälfte. Den Reisecosten sollen 50 s vergütet werden und dem Vertrauensmann vierteljährlich 20 s. Vier Mann sollen das Geld anlegen, und zwar so: Auf den Namen von vier Kollegen soll das Geld angelegt werden, und wenn Geld fehlt wird, sollen zwei Kollegen Vollmacht dazu geben. Damit die Lotalliste nicht etwa erschöpft wird, sollen dieses Jahr fünf „Grundstein“-marken gelöst werden. Zu der bevorstehenden Aussperrung im Jahre 1908 wurde ebenfalls Stellung genommen und beschlossen, dem Verbandstag hierzu folgende Anträge zu unterbreiten: Im Jahre 1907 werden in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober 20 Wochen hindurch doppelte Beiträge erhoben. Ferner sollen eine achte und neunte Beitragsklasse geschaffen werden, doch soll es, wie bisher, den Orten, wo eine längere Arbeitszeit eingeführt wird, gestattet sein, nur den zehnten Teil des Tageslohnes als Beitrag abzuführen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Bahtelle auf 179 Mitglieder angewachsen ist.

Nowawes. Der hiesige Zweigverein hielt Sonnabend, den 8. Dezember, eine regelmäßige, gut besuchte Mitglieder-versammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß jetzt die Verbandsblätter zur Kontrolle eingezogen werden; die Kollegen, die noch mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, möchten deshalb ihrer Pflicht alsbald nachkommen. Hierauf wurde beschlossen, die beiden kranken Kollegen Faust und Groß mit je 80 s zu unterstützen. Wadman erntmann sich eine lebhafter Debatte über die Kollegen, die am Schulbau in Neundorf pugen und die tarifmäßige Arbeitszeit von sieben Stunden nicht innehalten. Es wurde dem Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß eine am 22. November in Berlin abgehaltene gut besuchte Versammlung der Bager u. a. beschlossen hat, den Tarif der Maurer inzunehmen, wie in Nr. 48 des „Grundstein“ in dem Bericht zu lesen ist. Die anwesenden Kollegen, die hier am Schulbau pugen, erklärten, von jetzt an den Tarif strikte innehalten zu wollen. Ferner wurde den Kollegen von uns, die in Berlin und den Vororten pugen, ganz besonders ans Herz gelegt, ebenfalls dem Berliner Beschluß nachzukommen. Unter „Verchiedenes“ wurde beschlossen, wie alljährlich, auch im kommenden Jahre ein Wintervergütungen zu veranlassen. Es soll Sonnabend, den 23. Februar, im Sägerischen Lokale stattfinden. Hierauf wurde lebhaft darüber diskutiert, daß die gepeinigten Lokale immer noch von verschiedenen Kollegen besucht werden, wie in der letzten Zeit ausgeführte Kontrolle ergeben hat, obgleich der Arbeiterstand hier drei Jahre Lokale zur Verfügung stehen. Es wurde beschlossen, künftighin etwa dort verkehrende Kollegen in unserer Versammlung öffentlich bekannt zu geben.

Märnberg. Die hiesigen Fliesenleger hielten am 11. Dezember eine allgemeine Versammlung ab. Sie beschäftigte sich wieder einmal, wie schon so oft, mit der Firma Egerle. Diese will unter keinen Umständen den von allen übrigen Unternehmern anerkannten Tarif unterzeichnen. Der Organisationsvertreter gegenüber äußerte sich der Unternehmer, daß ein „vernünftiger“ Mensch den Tarif nicht unterzeichne. Die übrigen „Firmenmitglieder“ stehen also Herrn Egerle am Vornutn weit nach; wir glauben natürlich das Gegenteil. Schließlich wurde einstimmig beschlossen: „Da sich Herr Josef Egerle nicht in allen Punkten nach unserem Vertrage richtet, wird über sein Blattenbesagsgeschäft, Biegelage, hier, die Sperre verhängt.“ Gleichzeitig verpflichten sich alle Kollegen, für die Durchführung der Sperre energig einzutreten.

Osabrück. Am 9. Dezember tagte unsere Mitglieder-versammlung, die gut besucht war. Es entspann sich zunächst eine Debatte über das Protokoll der letzten Versammlung, wonach der Vorsitzende gesagt hat, daß die Kollegen auf der Georgsmarienhöhe überhandnehmen. Dies wurde auch bestritten und das Protokoll durch Beschluß genehmigt. Dann wurde berichtet, daß der Hülfsleiter Josef Osabrück verfallen habe, ohne mit dem Kassierer abgerechnet zu haben. Außerdem hat der ungerechte Mensch in den Büchern einiger Kollegen noch Radikarbeiten abgemeldet, und keine Marken gelöst, aber das Geld dafür eingekassiert. Es wurde beschlossen, die Bücher einzuziehen und dem Hauptvorstande zur Regelung einzuliefern. Beschlossen wurde, die Lammensbaufahrt in diesem Jahre zum letzten Male zu veranlassen, weil der Saal stets überfüllt ist. Die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Kollegen werden ersucht, für einen guten Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen.

Pirna. Mittwoch, 5. Dezember, tagte hier eine gut besuchte Maurerverammlung mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Zuständen in den Zellulosefabriken; 2. Gewerkschaftliches. In einleitenden Worten geistelte Kollege Friedrich die Schäden der übermäßig langen Arbeitszeit, die beim Hocherfugen oft 80 bis 98 Stunden dauert. Es entspann sich hierauf eine sehr lebhafter Debatte, da es etlichen Kollegen absolut nicht paßte, daß eine Wechselzeit eingeführt wird. In geheimer Abstimmung wurde mit 22 gegen 7 Stimmen be-

schlossen, daß das Kochen in Schichten eingeteilt wird und jede Schicht nicht länger als zehn Stunden dauern dürfe. Auch wird ein Zuschlag für jede Schicht von 10 % pro Stunde gefordert, weil die Arbeit besonders gesundheitschädlich ist. Die Ruhepause wurde auf drei Stunden festgelegt. Es wurde eine Kommission von drei Kollegen gewählt, die die Forderung dem Unternehmer unterbreiten soll. Auch wurde beschlossen, bei dem Rohmermauer vom nächsten Tage ab nicht länger als zehn Stunden zu arbeiten. Für einen schon sehr lange kranken Kollegen wurden 20 aus der Kasse bewilligt.

Wieschen. Sonntag, den 9. d. M., tagte hier eine öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung lautete: Die Lage im Baugewerbe, und wie verbessern wir sie? Kollege Mohr aus Jrehan, der zu diesem Punkte das Referat übernahm, schilderte in einem mehr als einstündigen Vortrag die Lage der hiesigen Mauer- und Zimmerer und begründete es mit strengen, daß endlich auch hier bei den Kollegen es hell geworden ist und der Wunsch hervortrat, sich zu organisieren. Leider mußte konstatiert werden, daß es aber auch die höchste Zeit dazu war, denn zu der Zeit, wo sich Kollegen für einen Verband erklären, waren auch die Pfaffen bereit, uns Geld zu geben, um eine christliche Organisation zu gründen. Leider war auch das Versprechen dieser Herren von Erfolg gekrönt, und wir haben leider zu verzeichnen, daß sich eine ganze Anzahl Leute dafür erklärten, dem polnischen Berufsverein beizutreten. Ob die Verbesserung für diesen Verein aber handhabbar wird, bleibt abzuwarten. Es waren in unserer Versammlung auch eine ganze Anzahl Kollegen von der polnischen Organisation erschienen, die sich nach der Versammlung sofort unserem Verband anschlossen. Der Referent wies ferner darauf hin, daß, wenn wir unsere eigene Lage nur einmengen verbessern wollten, was hier in Wieschen absolut dringend notwendig wäre, die Kollegen von hier alle Kräfte daran setzen und den letzten Mann unserer Organisation zuführen müßten, denn nur in geschlossenem Reihem würden es die Mauer- und Zimmerer wagen können, sich mit dem hiesigen Unternehmertum in einen Kampf einzulassen, was allerdings bald gelingen müßte; denn lange genug habe das Wieschener Unternehmertum mit den Arbeitern Schindluder getrieben und immer die Löhne so zu legen gewußt, daß es minimal fast als eine Unmöglichkeit erschien, davon existieren zu können. Das Unternehmertum aber wisse ganz gut, daß es nur immer mit dem einzelnen Arbeiter zu rechnen habe. Zum Schlusse ver sprach auch die Kollegen, die im Winter vorzunehmende Hausagitation recht energisch zu betreiben, um unsere Organisation kampffähig zu gestalten. Mit großem Beifall wurde der Vortrag des Kollegen Mohr entgegengenommen. Nach einem fröhlichen Schlusssatz des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Mies. Mittwoch, den 12. Dezember, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Kollege Paul aus Dresden referierte über die Notwendigkeit der Berufsvereine. Dann wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Hierauf gab der Vertrauensmann das Resultat der Bauteilnahme bekannt, wonach sich eine recht anregende Debatte anschloß. Weiter wurde berichtet, daß gegen den Baumeister Wulstner aus Wählgau Anzeige an die Staatsanwaltschaft Großhain wegen Vergehen gegen die Arbeitsverordnungen erhoben worden ist. Es wurde noch beschlossen, den Bau des Fahrabwärters nach in Jrehan, Baumeister Wulstner aus Wählgau, wegen Vergehen gegen die Arbeitsverordnungen zu sperren. Alle organisierten Kollegen werden hiermit aufmerksam gemacht, auf diesem Bau keine Arbeit anzunehmen, bis die Sperre aufgehoben ist.

Stuttgart. In zahlreich besuchten Versammlungen der Mauer-, Zimmerer und Steinhauer am 30. November wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen. Die Versammelten gaben dem Gedanken Ausdruck, daß sich der Baugewerksverein finden lassen, mit der Kommission einen neuen Vertrag festzusetzen. Da die Forderungen der Arbeiter den Unternehmern längst bekannt sind, bedurfte es der Einreichung neuer Forderungen vorerst nicht. Folgende Resolution, die am 1. Dezember dem Baugewerksverein überreicht wurde, fand einstimmige Annahme: Die gestern Abend hier tagenden Versammlungen der Mauer-, Steinhauer und Zimmerer haben beschlossen, den mit ihrer Organisation unter 18. Mai 1905 abgeschlossenen korporativen Arbeitsvertrag zu kündigen, was hiermit geschieht. Der Grund, der uns hierzu veranlaßt, ist lediglich darin zu suchen, daß die jetzt bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr den Ansprüchen einer Großstadt wie Stuttgart genügen. Bemerken wollen wir, daß wir gern bereit sind, einen neuen Vertrag mit Ihnen abzuschließen, fügen aber auch gleichzeitig hinzu, daß wir von denselben wesentliche Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erhoffen. Auch an die unorganisierten Unternehmer ist eine solche Mitteilung ergangen.

Taucha. In der am 9. Dezember abgehaltenen Versammlung gab der Gewerkegerichtsbeisitzer, Kollege Krieger, einen ausführlichen Bericht über den Zustand der Gewerkegerichte. Hierbei streift er die noch vorhandenen Mängel dieser Instanz. Nachdem er aus seiner Tätigkeit einiges berichtet hatte, erklärte er noch den Gang einer Klage. Der Redner und auch der Vorstand tadelten bei dieser Gelegenheit das interessierte Benehmen der Tauchaer Maurerschaft, die bei der Gewerkegerichtsbeisitzerswahl nur in einer Stärke von 63 Mann als Wähler mitgewirkt hätten. Bei der Neuwahl der Verwaltung erklärte der Vertrauensmann Käther, daß die gesamte Verwaltung ihre Ämter niederlege. Es entspann sich nun eine lebhafteste Debatte über die Ergebnisse in diesem Jahre mit Leipzig. Erst als die Versammlung ihre vollständige Sympathie für die Verwaltung ausdrückte, ließ sich die bisherige Verwaltung dazu bewegen, auf ein Jahr in ihre Ämter zurückzutreten. Der Vertrauensmann überlegte danach die falsche Behauptung, daß die Tauchaer Kollegen die Versammlungen nicht besuchten. Es wurde festgestellt, daß sie in der letzten Zeit sogar härter als die Tauchaer Mauerer vertreten waren. Als im vorigen Sommer mehrere Tauchaer Kollegen in Eisenburg arbeiteten, fragte sie der dortige Vertrauensmann Leinpiß bei der Arbeit, ob sie nicht anderwärts Beschäftigung fänden. Die Tauchaer Mauerer hatten aber noch mehr zu ertragen; denn eines Tages hatte man dem einen Kollegen einen fast neuen Schuh geschnitten, während man einem anderen einen Fahrabwärterschuh gekloppt hatte. Die Versammlung sprach ihre Entrüstung hierüber aus.

Petersen. Sonnabend, den 15. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die hiesigen Zweigvereine. Kollege Schröder aus Gr. Wöden sprach über die Aufstellung eines Delegierten zum neunten Verbandstag. Um es zu vermeiden, daß sich in unserem Verband mehrere Delegierte gegenüberstehen und die Stimmen gesplittet werden, wurde beschlossen, einen Kollegen aus Gr. Wöden aufzustellen. Als Kandidaten für die Delegation zu dem außerordentlichen Gewerkschafts-Langtag, Bau Ribbe, wurde der Kollege Mund aufgestellt. (Die Wahlen hierzu haben sich inzwischen erledigt.) Nachdem noch darauf aufmerksam gemacht worden war, daß sich sämtliche Kollegen recht reger an der Reichstagswahl und ebenfalls an den Vorarbeiten hierzu beteiligen möchten, wurde die Versammlung geschlossen.

Tiffit. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 9. Dezember, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Wnglas sprach über das Sozialistengesetz, „seligen“ Angebendes und das in Aussicht stehende Anti-Gewerkschaftsgesetz, ferner über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die Leistungsfähigkeit einer starken Organisation. Seine anderthalbstündige Rede wurde von den Kollegen mit Beifall aufgenommen. In „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Wnglas auf die Vergangenheit verwiesen. Die Kollegen in Tiffit werden es noch nicht vergessen haben, daß im Frühjahr dieses Jahres ein Wüstenprediger mit einer Reisetasche voll Weisheit in Tiffit erschien. Die Kollegen witterten sofort in diesem Gesellen einen Verbündeten der Unternehmer, der sich nebenbei von Arbeitergeizhosen ernährte. Dieser „Organisator“ kam in Tiffit nicht zu Recht, denn er zog sich mit einer langen Nase nach Königsberg zurück. Dort stampft er in dem gelben Blättchen, so sich „Baugewerkschaft“ nennt und sich so „Schöne (zum) Käs“ einwinkelt, ein. Daß in dem roten Tiffit nichts für ihn zu holen sei, wußte dieser Patron ganz genau, da in Tiffit alle Kollegen im Zentralverband organisiert sind. Aber diese „Grünen“ sind gewöhnt, auf unseren Eroberungen zu schmökern. Kollege Wnglas hat von den „Sandmanns-Grünen“ 88 Mann dem Zentralverband zugeführt. Sie behaupten, daß sie mittels Zerkorismus der Firma Sandmann & Lauffer in Königsberg unter Mithilfe von Schöneß und Genossen im Streikbrecherverband festgehalten wurden.

Waldröde. Am 8. Dezember hielt der Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, die einen Lohnantrag ausarbeiten und den Unternehmern zustellen soll. Dann wurde der schlechte Versammlungsbesuch kritisiert. Wir haben hier einen Kollegen, der ein volles Jahr zu unserem Verein gehört und noch in seiner Versammlung erschienen ist. Es wurde vom Kollegen „Ranger“ der Antrag gestellt: Wer in drei Versammlungen hintereinander fehlt, soll in Strafe genommen werden. Der Antrag wurde angenommen. Dann wurde die Weidungsfrage noch erwähnt.

Werdau i. S. Am 16. Dezember tagte im Restaurant „Feuertagel“ unsere diesjährige Generalversammlung, die besser gesagt sein konnte, als es der Fall war. Die Tagesordnung wies sechs wichtige Punkte auf. Kollege Seibel erläuterte Bericht vom Kartell; am 6. Januar findet eine Generalversammlung der Kartellbelegierten statt. Als Vertrauensmann erklärte Seibel auch den Jahresbericht, er nannte das verlorene Jahr das beste von allen, so lange unsere Mitgliederzahl besteht. Im ganzen fanden 11 Mitgliederversammlungen, 5 öffentliche und 1 Generalversammlung statt. Die Beitragsbeiträge sind auch nicht schlecht zu nennen. Kollege Böhl stellte den Antrag, der Verwaltung eine Gratifikation zu gewähren, was einstimmig angenommen wurde. Die Kollegen Seibel und Bräuner wurden für ihr bisheriges Amt wieder und an Stelle des Schriftführers, Kollegen Schaller, der sein Amt niederlegte, Kollege Wurliger neu vorgeschlagen. Die Revisionen sowie das Mitglied der Bauarbeiterkommission wurden auch wiedergewählt. Ins Kartell wurden zwei Kollegen neu hinzu gewählt. Alsdann erklärte Kollege Böhl den Bericht der Bauarbeiterkommission, woraus zu ersehen ist, daß hier in Werdau noch recht viele Lebelstände vorhanden sind. Kollege Bräuner rügte die Laune der Kollegen, da sie die Unfälle immer zu spät oder gar nicht melden. Derselbe Kollege machte im Auftrag der Grummisauer Mitgliedschaft den Vorschlag, als Delegierten zum Verbandstag einen Grummisauer Kollegen aufzustellen, nicht etwa aus egoistischen, sondern aus tatsächlichen Gründen. Hierbei entspann sich eine lebhafteste Debatte. Nach einem fröhlichen Wohnwort zur Agitation für das „Sächsische Volksblatt“ schloß der Vertrauensmann die Versammlung.

Beiträge zum Lehrlingswesen.

Gau Stuttgart.

Am 22. Februar 1902 fand sich in den Stuttgarter Tagessitzungen folgende Versammlung:

Nach den Bestimmungen des neuen Handwerkergesetzes darf vom 1. Oktober 1901 an niemand den Meistertitel führen, der nicht eine ordentliche Lehrzeit in seinem Gewerbe durchgemacht und die Gesellenprüfung bestanden hat.

Im im Maurergewerbe, soweit wir es vermögen, im Interesse eines tüchtigen Gesellen- und Meisterstandes Ordnung zu schaffen, haben die Mitglieder des Baugewerksvereins Stuttgart beschlossen, von fest an „allgemein“ sagen. „Speisubun“ nicht mehr einzuführen, dagegen junge Leute, die das Maurergewerbe ergreifen und erlernen wollen, als Maurerlehrlinge aufzunehmen und solche wie die Steinhautehrlinge in unsere Stammtrollen einzutragen, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Die das Lehrverhältnis betreffenden wichtigen Bestimmungen der freien Genossenschaft sind folgende:

1. Die Lehrzeit dauert drei Jahre in der Weise, daß die für beide Teile bindende Arbeitsdauer pro Jahr je vom 1. April bis 31. Oktober bemessen wird. Bei vorhandener Arbeitsgelegenheit und günstiger Witterung ist jedoch eine längere Arbeitsdauer nicht ausgeschlossen.

2. Der Lehrling hat sich nach Ablauf der Lehrzeit einer Gesellenprüfung zu unterziehen.

3. Der Lehrling erhält als Vergütung im ersten Jahre nicht unter 15 %, im zweiten Jahre nicht unter 18 % und im dritten Jahre nicht unter 20 % pro Stunde.

4. Vom Frühjahr 1905 an werden von den Mitgliedern des Baugewerksvereins Stuttgart nur solche Jungmaurer in Arbeit genommen, die sich einer Gesellenprüfung unterzogen haben.

Stuttgart, im Februar 1902.

Der Vorstand des Baugewerksvereins Stuttgart.

G. Büch.

Gar mancher unserer Kollegen hat sich nach Bekanntwerden dieses Beschlusses der Hoffnung hingegeben, daß nunmehr endgültig mit dem alten, unhaltbaren Zustand des „Speisubunsystems“ gebrochen wurde und auch das Maurergewerbe in Süddeutschland einen in einer „ordnungsmäßigen“ Lehrzeit zu einem tüchtigen Gesellen herangebildeten Nachwuchs erhalten werde. Aber die Wortführer der Stuttgarter Baugewerksvereine nur oberflächlich kennt, konnte allerdings annehmen, daß die Beschlüsse des Baugewerksvereins mit voller Energie durchgeführt würden. Doch diese rücksichtslose Energie ist nur dann vorhanden, wenn es sich um den Schutz des geheiligten Profits der Baugewerksvereine handelt, nur dann namentlich, wenn es gilt, die Forderungen der Arbeiter nach kleinen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückzuweisen.

„Ideale Interessen vertreten wir nicht“, sagte Heißlich bereits 1899 in Karlsruhe auf der Generalversammlung des „Arbeitsgewerksbundes für das Baugewerbe“. Was kümmert es den geldstüchtigen Baugewerksvereine, ob ein solcher Gesellen- und Meisterstand herangebildet wird? Der Profit ist zweifellos größer, wenn die jungen Leute als Handlanger verwendet werden, wenn gegen Löhne von M. 1,50 bis M. 2,50 das gleiche Arbeitsquantum erzielt wird, für das man einem Handlanger M. 3,50 bis M. 4 zahlen müßte. Ferner ist es zu bequem, wenn man den Speisubun zu jeder Zeit entlassen kann, während man bei geregeltem Lehrlingswesen doch wenigstens im Sommer für regelmäßige Beschäftigung sorgen müßte. Auch ist der Unternehmer beim Speisubun gegenüber einem Lehrling infolgt im Vorteil, als er den Besuch der Fortbildungsschule damit umgehen kann. Endlich ist es auch für die Unternehmer sehr angenehm und praktisch, wenn sie die gegenüber anderen Orten so ungemein niedrigen Löhne damit begründen können, daß ein großer Teil der Mauerer nicht „tüchtig“ sei, weil er eben keine geregelte Lehrzeit durchgemacht habe.

Unsere Anfragen über das Lehrlingswesen in den einzelnen Zweigvereinen haben zu dem Ergebnis geführt, daß im ganzen Gau von einer geordneten Lehrlingsausbildung keine Rede sein kann. Am bedeutsamsten für die außerordentlich rücksichtigen Verhältnisse sind jedenfalls die Antworten, die uns bereitwillig von den vier württembergischen Handwerkskammern übermittelt wurden, weil bei diesen Antworten eine etwaige Verschleierung oder Verdeckung der Tatsachen zu Ungunsten der Unternehmer vollständig ausgeschlossen erscheint.

Die Heilbronn-er Handwerkskammer teilt mit, daß bei uns insgesamt 189 Lehrlinge aus dem Maurergewerbe angemeldet sind. Die Löhne, die den Lehrlingen gewährt werden, sind uns nicht bekannt. Die Lehrzeit beträgt für alle Maurerlehrlinge mindestens 3 Jahre und sie sind wie alle anderen Handwerkslehrlinge zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschule bezw. auf dem Lande der allgemeinen Fortbildungsschule verpflichtet.

Die Reutlinger Handwerkskammer berichtet folgendes: Die Zahl der in unserem Kammerbezirk (württembergischer Schwarzwaldkreis) angemeldeten Maurerlehrlinge beträgt zur Zeit 176. Doch bemerken wir, daß nach unseren Beobachtungen eine beträchtliche Zahl nicht angemeldet ist und sich die Unternehmung dieser Anmeldung unter der Bezeichnung der Lehrlinge als Tagelöhner und Speisubungen entziehen.

Die Handwerkskammer Ulm schreibt: „Auf das Schreiben vom 25. September teilen wir Ihnen mit, daß nach einer auf den 1. Januar d. J. aufgestellten Statistik in unserem Kammerbezirk 313 Maurerlehrlinge angemeldet sind.“ Die Löhne sind sehr verschieden und bewegen sich im ersten Jahr zwischen 6 und 22 %, im zweiten zwischen 10 und 25 % und im dritten zwischen 13 und 28 % pro Stunde. Die Lehrzeit ist in den meisten Fällen auf drei Jahre festgelegt, in verhältnismäßig Ausnahmen auf 4 Jahre. Mit dem Besuch der Fortbildungsschule steht es zum größten Teile sehr schlecht. Auf dem Lande ist den jungen Leuten nur Gelegenheit zum Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule geboten, und diese bietet für Gewerkelehrlinge zu wenig. Die in den Städten lernenden jungen Leute rekrutieren sich vielfach aus den umliegenden Dörfern und gehen Abends nach Hause; auch diese besuchen nur die allgemeine Fortbildungsschule. Einen Ersatz hierfür bietet ein hiesiger Wertmeister seiner Lehrlingen in üblicher Weise. Derselbe hat einen jungen Lehrling für Maurer in einem Fest zusammengefaßt und gibt den jungen Leuten im Winter einige Nachmittage in der Woche Unterricht. Der kleinste Teil besucht die gewerbliche Fortbildungsschule. Eine Verbesserung in dieser Hinsicht wäre sehr wünschenswert und wäre auch eine dankbare Aufgabe ihrer Organisation. Namentlich dürfte es zweckmäßig sein, daß die jungen Leute, die das Maurergewerbe lernen wollen, eine geregelte Lehrzeit mit behändiger Gesellenprüfung nachweisen müssen, damit nur gelernter Maurer sich als solche bezeichnen können.

Der Bericht der Stuttgarter Handwerkskammer für 1904/05 sagt: Ein besonders wunder Punkt im Lehrlingswesen ist die Tatsache, daß weit aus die Mehrzahl der Lehrlinge im Maurer- und Gießerhandwerk als Speisubun oder Handlanger ausgegeben werden. Meister und Lehrlinge versuchen sich auf diese Art um den Abschluß eines Lehrvertrages zu drücken; der Lehrling, um sich die Ungelegenheit zu sparen und bei günstiger Konjunktur mit entsprechenden Lohnforderungen auftreten zu können, der Meister, weil ihm die jungen Leute davon laufen, wenn er mit dem Lehrvertrag Ernst machen will. Daß dieser Zustand unethisch ist, liegt auf der Hand. In weitaus den meisten Fällen sind diese jungen Leute eben tatsächlich Handwerkslehrlinge, die nach zwei oder drei Jahren als Gesellen oder Maurergesellen eingestellt werden wollen und als solche auch wirklich Arbeit finden.

Nach dem Stuttgarter Bericht wurden im Jahre 1902 64, 1903 48 und 1904 96 Maurerlehrlinge im ganzen Handwerkskammerbezirk geprüft, eine lächerlich geringe Zahl gegenüber den beschäftigten jungen Leuten, die tatsächlich den Nachwuchs für unser Gewerbe liefern müssen.

Einige Handwerkskammern tragen sich mit dem Gedanken, die Enttragung der Speisubun in die Lehrlingsrolle auf gerichtlichem Wege zu erzwingen. Die Stuttgarter Kammer

98 Aborte waren nicht blickt, 18 hatten keine Stützbrücken, nur Latente; Holzbohlen, hatten 19 Aborte. An eine regelmäßige Reinigung oder Desinfizierung denkt kein Mensch. Eine Verordnung über Baubauten und Aborte kennt man hier nicht. Aborteanlagen konnte man nirgend finden. Urmeister waren nur an einem Staatsbau aufgestellt. Die Gerichte lassen ebenfalls zu wünschen; übrig. Besonders schlecht war es jedoch bei Saalborn in Oberweimar. Die Gerichte sollten 10 cm im Durchmesser an der obersten Spitze sein, sie waren aber unten nicht stärker. Bei Baumann in der Wilhelmshöhe arbeiteten die Maurer in der dritten Etage, ohne nur ein bishigen Schutgerüst unter sich zu haben. An der Vorderfront ließ man zwei bis drei Wahlen liegen, die übrigen drei Seiten jedoch waren von oben bis unten kahl. Für das Gerüstwesen ist eine behördliche Verordnung erlassen. Es wird also wohl in Zukunft Pflicht eines jeden Kollegen sein, für deren Durchführung besser einzutreten. Auch dürfte es wohl angebracht sein, bei Einreichung neuer Forderungen auch auf den Bauarbeiterbeschütz mehr Bedacht zu nehmen. Ferner müßte auch die Bauarbeiterkommission von den Kollegen besser unterstützt werden. In unserem Berufsverband hängt ein Besonderebedacht aus; die Kollegen können daselbst Beschwerden, mit Namensunterstützung versehen, anbringen.

*** Bauarbeiterkontrolle in Jena.** Am 22. November wurde auf Veranlassung der Bauarbeiterkommission eine Kontrolle der Bauten vorgenommen. Es wurden im ganzen 82 Bauten kontrolliert, woran 843 Arbeiter beschäftigt wurden. Von den 82 Bauten waren 4 Staatsbauten und 2 Kommunebauten. Die Unfallverhütungsvorschriften gingen an den meisten Bauten gar nicht aus, und wo sie vorhanden waren, befanden sie sich in einem Zustande, der nicht zu beschreiben ist. In 18 Fällen waren keine Verbandstafeln vorhanden, vielfach waren sie in sehr schlechtem Zustande. (Zigaretten etc. u. s. w.) Eine Anweisung zur ersten Hilfeleistung kennt man in Jena nicht. An den Gerichten schienen meistens die Baustoffe und Sockelbretter, die das Abfallen von Steinen usw. verhüten sollen; in mehreren Fällen, und sogar am Staatsbau, war unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, kein dergleichen Gerüst angebracht, das ein Abkippen bis zum Ertrinken hätte verhüten können. Das beweist der Unfall, der sich an dem Staatsbau ereignet hat. Der Maurer Wiedhardt stürzte vom Gerüst bis auf die Kellerkellere und mußte bis zum heutigen Tage das Bett hüten. Schuttbordungen für Klemmer und Dachbretter sind eine Seltenheit. Was nun die Bauten an betrifft, so fehlten sie auf zwei Bauten ganz, 19 hatten keine dichten Seitendämme; bei 8 war die Dämmung nicht wasserdicht, in 9 Bauten waren keine Fenster und in 13 waren sie nicht zum Öffnen eingerichtet. Wände waren nur in 37 und Tische nur in 9 Bauten vorhanden. 20 Bauten waren ohne Ofen. Die Bauten, aus Ziegeln hergestellt, gewöhnlich oft nicht den geringsten Schutz. Jahresabstände werden als Bauten aufgestellt. Die Arbeiterverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Auf zwei Bauten war gar kein Abort, 64 waren so angelegt, daß man von allen Seiten hineinsehen konnte, 12 hatten kein wasserdichtes Dach, 33 keine Fußböden, 8 hatten keine Stützbrücken, 11 keine Türen. Tritten oder Gruben gibt es nicht. Mehrere Aborte wurden angetroffen, die schon weit über das Maß voll waren, und worin, um nicht zu verfehlen, war notwendig. Urmeister gibt es nicht. Eine Bauverordnung, daß die Bauten vom 1. bis 15. Oktober oder vom 15. Oktober bis zum April gedichtet sein müssen, besteht nicht. Schutz für die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter gibt es in Jena nicht, dafür aber Schutz für Arbeitswillige. Rüstungen wurden auch mehrere Bauten von dem Beamten der Thüringischen Bauerverbändeaufsicht kontrolliert. Ob die Rüstungen, die der Beamte vorgefunden hat, von den Unternehmern beseitigt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis, behaupten kann man aber, daß die Rüstungen, wenn sie wirklich beseitigt wurden, in wenigen Tagen oder Wochen wieder bestehen werden.

*** Bauarbeiterkontrolle in Guben.** Die von den organisierten Arbeitern gewählte Kommission hat am 28. November 82 Bauten kontrolliert, auf denen 412 Arbeiter beschäftigt waren. Unter den Bauten waren zwei für die Kommune. Nach der bestehenden Polizeiverordnung über den Schutz gegen äußere Witterungseinflüsse waren nur 8 Bauten durch Fenster provisorisch gedichtet. Offene Kottseier sind trotz Verbots noch in drei Bauten aufgestellt. Auf 18 Bauten fehlte zum Teil die Sicherung des Laufbrettes, Treppen und Leitern; auf 9 Bauten waren unterhalb der Leitern, die zum Transport von Material dienen, keine Schutzbänder angebracht. Nährbretter sind in den meisten Fällen unbrauchbar, so daß Schutt und Steinbrocken hindurchfallen können und Gesundheit und Leben der Arbeiter bedrohen. Ränggerüste bei Dacharbeiten sind fast niemals vorhanden, Reitergänge haben nirgends Handgeländer. Bei diesen miserablen Schutzvorrichtungen sollte man mindestens erwarten, daß die Unternehmer für erste Hilfe bei Unfällen Sorge tragen würden. Es wird aber von überall berichtet, daß, wenn überhaupt Verbandstafeln vorhanden sind, diese als solche nicht bezeichnet werden können. Ein paar als Kasten zusammengebaute Bretter, die häufig ohne Dedel sind, enthalten ein flüssiges Karbolsäure und etwas Verbandstoff; wenn es hoch kommt, noch etwas Seifensapfen. Dieser im Staub und Schmutz befindliche Inhalt bildet mehr eine Gefahr als einen Schutz für die Verletzten. — Die Bauten werden häufig als Lagerplatz für Material und Werkzeuge benutzt und sind gar in einzelnen Fällen ohne Licht. In einem Fall befanden sich die Arbeiter, daß die Ruhe zu klein sei; eine andere Ruhe wird von den Arbeitern als Schweineflanz bezeichnet, da die Kleibungsarbeiten an den Wänden verfallen. Spundbohlen sind nirgends vorhanden. Wogu auch, wer es nötig hat, muß auf den meist nicht vorhandenen Fußböden stehen. Gerabegut flandische Dinge werden über die Aborteanlagen berichtet. Türen sind in den seltensten Fällen vorhanden, so daß die Nachbarn überall hineinsehen können. Meist sind über den Erklärungen, wenn es hoch kommt, Können oder Eimer und Latzen befestigt, die dann als Schutz dienen müssen. Die Erklärer werden gleich so groß gemacht, daß sie für die ganze Baugerei reichen. Es soll aber auf einigen Bauten auch vorhanden, daß die Können ausgehütet werden. Fußböden sind hier Luxus. Auf einem Bau (Rudra) ist für 50 Personen ein Abort vorhanden. Die Berichte zeigen,

daß es notwendig und zur Besserung der Verhältnisse dringend erforderlich ist, daß zur behördlichen Kontrolle Arbeiter hinzugezogen werden. Jetzt aber sind die Arbeiterkontrolleure immer der Gefahr ausgesetzt, vom Bau gewiesen zu werden. Ganz besonders ist dies der Fall, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind. So berichten zwei Kontrolleure von einem Ausbau (Grüne Wiese), daß sich der Abort unter der Treppe befindet und sechs Personen in diese Ede gehen müssen. Wahrscheinlich wäre von dort noch mehr zu berichten gewesen, wenn der Bauführer die freiwilligen Kontrolleure nicht vom Bau gewiesen hätte. Die Arbeiter sollten auf den einzelnen Bauten aber auch mehr für Einhaltung der Polizeiverordnungen sorgen. Die Arbeiter berichten, daß immer noch sehr viel mit Bleifarben gearbeitet wird.

*** ATK. Schornstein aus Eisenbeton mit rohrförmigen Eisenlagern.** (Nachdruck verboten.) Schornsteine aus Beton, die durch eingelegte Eisenstäbe armiert werden, sind allgemein bekannt und werden nach verschiedenen Systemen ausgeführt. Neu ist die Idee, die zur Armierung dienenden Eisentücher noch zu besonderen praktischen Zwecken nutzbar zu machen. Als Beispiel in Düsseldorf wurde ein Patent auf die Konstruktion eines Schornsteins gewährt, bei welchem an die Stelle massiver Eisenstäbe eiserne Röhren treten, welche die ganze Höhe des Schornsteins durchlaufen und unten am Sockel wie oben am Schornsteinkopf mit der Außenluft in Verbindung stehen. Da infolge dessen die Außenluft in diese Röhren eintreten und emporkommen kann, so erhalten die in den Beton eingebetteten Röhren den Charakter von Heißluftkanälen, die durch die starke Hitze des unteren Schornsteins in hohem Grade erwärmt werden. Die heiße Luft steigt in den Röhren aufwärts, überdrückt also die Heißluft nach dem oberen Teil des Schornsteins und kann hier in irgend einer Weise genutzt werden. So kann z. B. rings um den oberen Teil des Schornsteins in üblicher Weise ein Wassermantel-Heißrohr für industrielle Zwecke angelegt werden. Man läßt die Röhre an dieser Stelle aus dem Betonmauerwerk des Schornsteins herausragen und schlangenförmig durch das mit Wasser gefüllte Heißrohr hindurchziehen, wodurch man ständig einen großen Vorrat warmen Wassers ohne weiteren Aufwand von Heizmaterial erhält. Irigend welche Bedenken gegen die Konstruktion wird man kaum geltend machen können. Da sich Betonrohrschneide mit Verankerung durch Eisenstäbe gut bewähren, so wird man unbedenklich den Eisenlagern auch rohrförmigen Durchsicht geben können. Andererseits wird diese sonst nutzlos erscheinende Heißluft hier in recht zweckmäßiger Weise nutzbar gemacht.

Polizei und Gerichte.

*** Der Wille der Polizei ist höchstes Gesetz.** Am 24. November meldete Kollege Schulz in Jena eine Mitgliedsversammlung bei dem Königl. Polizeidirektions-Kommissariat in Glogno bei Jena für den 27. November d. J. an. Der Kollege, der die Anmeldung übermitteln sollte, erkundigte sich nach dem, bevor er die Anmeldung abgab, beim Inhaber des Lokals, ob die Versammlung auch Dienstag, den 27. November, abgehalten werden könne. Da der Dienstag anderweitig belegt war, so einigte man sich auf den Mittwoch. Darauf nahm der Kollege die Veränderung in der Anmeldung selbst vor. Am 25. November bekam Schulz per Post unter Zuleitungsbefehl folgende zwei Schreiben zugestellt. Das eine Schreiben lautete:

Beschneigung!

Dem Unternehmer (resp. Einbruder), Herrn Wilhelm Schulz zu Jena D. 1., Halldorfstraße 19, wird hiermit beschneigt, daß er eine am Mittwoch, den 28. November d. J., Abends 8 Uhr, im Saale des Gastwirts Benisch hierseits, stattfindende Mitgliedsversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands am gestrigen Nachmittage schriftlich angemeldet hat.

Glogno, den 26. November 1906.

J.-Nr. 3242/06.

Der Königl. Distrikts-Kommissar

I. Ang.

Greulich.

Das andere Schreiben hatte diesen Wortlaut:

Der Königl. Distrikts-Kommissar. Glogno, den 26. 11. 1906.

J.-Nr. 3242/06. II. Ang.

In der Angelegenheit, betreffend die von Ihnen für Mittwoch, den 28. d. Mts., im Vereinslokal Benisch hierseits angemeldete Versammlung von Mitgliedern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, benachrichtige ich Sie hierdurch, daß die höchste Polizeibehörde des Reichslokalen Saales auf 216 Personen festgesetzt worden ist (ausschließlich einiger Vorstandsmitglieder).

Ich ersuche Sie, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß sich eine größere Anzahl von Besuchern zu der in Aussicht genommenen Versammlung nicht einfindet, und daß die etwa über diese Zahl hinaus Eintreffenden den Anordnungen der Gendarmerie-Bachmeister alsbald Folge leisten, widrigenfalls sich dieselben der Gefahr aussetzen, eventuell wegen Aufstands, Aufruhrs oder Landfriedensbruchs bestraft zu werden.

An Herrn Wilhelm Schulz

in Jena, D. 1., Halldorfstr. 19.

Greulich,

Distrikts-Kommissar.

O. B. J. II.

Schulz, der von der vorerwähnten Tagesänderung nichts wußte, fuhr denselben Tag, am 26. November, nach Glogno, um den vermeintlichen Irrtum abzuwenden. Die Anmeldung befand sich aber nicht auf dem Bureau, und so meldete er, noch eine Versammlung für Dienstag an und verlangte darüber eine Bescheinigung. Der Amtierende weigerte sich, eine solche auszustellen. Als S. sich auf nichts anderes einlassen wollte, sagte der Betreffende: Er wisse nicht, ob er die Anmeldung überhaupt annehmen dürfe, da der Kommissar nicht anwesend sei. Durch S. aufmerksamer gemacht, daß doch Bureauarbeiten seien, erwiderte der Amtierende, das Nachmittags seien keine Bureauarbeiten, daß das Bureau des Nachmittags offen, sei nur zur Bequemlichkeit des Publikums eingerichtet. S. erwiderte, daß auch er nur von der Bequemlichkeit Gebrauch mache. Schließlich wurden beide sich dahin einig, daß die Bescheinigung beim Gastwirt B. abgegeben werden solle. Es kam aber anders. S. ging auf dem Rückwege bei dem Gastwirt vor, da er nichts Gutes ahnte, und erhielt, daß des Sonntags der Distriktskommissar mit zwei Gendarmen den Saal ausgehoben und dem Gastwirt bedeutet habe, daß die Maurerverammlung nicht stattfinden dürfe. Am Dienstag Mittag kamen dann auch bereits durch einen Zivil-

boten zwei weitere Schreiben. Das eine war die Bescheinigung über die erfolgte Versammlungsanzeige und das zweite hatte folgenden Inhalt:

Der Ankläger

Polizei-Direktions-Kommissar. Glogno, den 27. November 1906. J.-Nr. 3246/06

Nachdem der Gastwirt Josef Benisch hierseits erklärt hat, daß er mit der von ihm erteilten Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung in seinem bishigen Saale nicht einverstanden sei und seinen Saal für diesen Zweck nicht hergibt, wird die für heute angemeldete Versammlung hiermit polizeilich untersagt.

Ich ersuche Sie, dafür Sorge zu tragen, daß Anordnungen der Personen nicht stattfinden und daß die etwa hier eintreffenden Personen den Anordnungen der Gendarmerie-Bachmeister ungeachtet Folge leisten, widrigenfalls sich dieselben der Gefahr aussetzen, eventuell wegen Aufstands, Aufruhrs oder Landfriedensbruchs bestraft zu werden.

An Herrn Wilhelm Schulz

Jena, Halldorfstraße 19.

Greulich.

Es ist wahrhaftig toll, wie das Vereins- und Versammlungsrecht von der Polizei den Arbeitern gegenüber mit Füßen getreten wird. Mit diesen beiden Aktenstücken lief auch noch eine Depesche vom dem Gastwirt ein, die so lautete:

Wilhelm Schulz, Halldorfstraße 19.

Die von meiner Ehefrau erteilte Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung in meinem Saale, siehe ich hiermit zurück, weil ich damit nicht einverstanden bin.

Josef Benisch.

Wenn man bedenkt, daß der Wirt ein Pole und des Deutschen wenig mächtig ist und daneben das Äußerlich der Polizei betrachtet, in dem das Verbot der Versammlung begründet wird, so ist ohne weiteres klar, daß die Polizei nicht nur die Abwendung der Depesche veranlaßt, sondern sie auch verfaßt hat.

In Glogno selbst wurde am Dienstag dann noch zu allem Ueberflus durch öffentliches Ausrufen bekannt gemacht, daß die Maurerverammlung nicht stattfinden dürfe. Und da will der Reichsgraf Polabowski der Arbeiterkraft noch weh machen, daß das Monstrum von Glogno über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine zu keiner polizeilichen Chiffre Veranlassung geben kann, wenn die Polizei der Wächter ist? Dumme werden's glauben!

*** Zweiterlei Recht.** Vor dem Schöffengericht zu Neustadt a. d. H. hatten sich dieser Tage zwei Maurermeister zu veranworten, die gelegentlich des Maurerstreiks in Glogno auf der Straße zwei Arbeiter überfallen hatten, die nicht das geringste von ihnen wollten. Lediglich der Grund, daß sich die Leute in einer Wirtschaft als Sozialdemokraten erklärt hatten, genügt den Wählern, die Arbeiter zu Boden zu werfen und mit den Schürmen darauf zu misshandeln, daß sie zehn Tage arbeitsunfähig waren. Dem einen wurde ein Gesichtsschaden zugefügt und auf beiden wurde mit den Fäusten herumgetrampelt. Die beiden Raufbolde wurden zu 36 bzw. 24 Geldstrafe verurteilt. Im anderen Falle war der Angeklagte ein Spinner, der am Landarbeiter-Weberstreik beteiligt war. Er wurde ebenfalls auf der Straße von einem Juristen angehalten, dessen Schweißler Streifrockdienste leistete. Dieser Jurist hatte nun aus irgend einem Grunde den „Einbruch“, daß der Spinner ihm auflauern wolle, und richtete eine entsprechende Frage an ihn. Dadurch geriet der Spinner in Zorn und versetzte dem anderen eine einseitige Ohrfeige. Der Anwalt wollte aus, unter normalen Umständen könnte, da die Ohrfeige seinerlei Nachteil mit sich brachte, eine geringe Strafe genügen, aber mit Rücksicht, daß die Tat unter dem Einfluß der Streikstimmung geschehen sei, müsse eine empfindliche Freiheitsstrafe eintreten. Er beantragte 14 Tage, das Gericht erkannte auf fünf Tage Gefängnis.

— Vor dem Schöffengericht in Halle a. d. S. hatte sich ein 26jähriger Student zu verantworten, der Polizeibeamte beleidigte und misshandelte, als ihm von einem Polizeiergeanten seine Kuppelien unterlegt und ihm die Studentenakte abverlangt wurde. Der Student schlug den Beamten mit der Faust ins Gesicht und mit dem Stöck über den Kopf, so daß der Polizist verletzt wurde. Dies geschah auf dem Transport nach der Wache. Als dann noch ein anderer Sergeant hinzukam, rief er diesem zu: „Von diesem Kerl muß man sich auflauern lassen.“ Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigend den Stöck ins Feld. Der Anwalt wollte beantragen gegen den Mann eine Geldstrafe von M. 100 und meinte, es sei behauptet, daß sich Leute von dieser Bildung zu solchen Exzessen hinreißen ließen. Das Gericht bestrafte den Studenten mit M. 100 und sprach dem beleidigten Polizisten Publikationsbefugnis zu. In der Urteilsbegründung hieß es, der Angeklagte hätte besser getan, an Stelle solcher Latzen andere Dinge zu tragen. — Eine Stunde später betrat die Wache Prominenten. Pilger, Hoffmann und Bayer derselben Gerichtsstand. Die Anklage lautete auf § 153 der Gewerbeordnung, weil die Angeklagten im Juni d. J. gelegentlich des „Maurerstreiks“ in Jena und Berlin durch Drohungen und Verleumdungen zu bestimmten Verhältnissen haben sollen, an Streikverordnungen teilzunehmen. Prominenten „Verbrechen“ wurde darin erklährt, daß er gesagt hatte: „Es ist eure heiligste Pflicht, daß Ihr die Arbeit wieder niederlegt. Ihr bekommt Euer Heilgeßel und dann könnt Ihr arbeiten.“ Ein anderer Angeklagter hatte gesagt: „Arbeitet nur ruhig weiter, das andere findet sich.“ Dabei waren einige Schimpfwörter nebenfälliger Art gefallen. Weiter war gesagt worden: „Immer laßt sie nur arbeiten; wir werden sie schon einmal Abends abhauen.“ Schließlich soll ein Angeklagter den „Arbeitswilligen“ mit der geballten Faust gedroht haben, und Bayer soll gesagt haben: „Wenn Ihr weiter arbeitet, braucht Ihr Euch nicht zu wundern, wenn Ihr mal eins ins Gesicht kriegt.“ Es waren die höchsten Redensarten, die in Arbeiterkreisen bekanntlich nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Die Angeklagten bestritten übrigens, Drohungen ausgeprochen zu haben. Sie wollen auch nicht Streikposten gewesen sein. Der Vorsitzende, der sich über den Verstoß der Arbeiter gegen die heilige Pflicht zu machen schien, richtete an die Angeklagten die Frage: „Sagen Sie mal, ist es denn so üblich in Ihren Kreisen, daß Sie die Leute, die Sie noch nicht einmal kennen, in der

Welle anbrachten? „Sowohl!“ antworteten die Angeklagten. Die „Arbeitswilligen“, die sich angeblich so sehr gefährdet haben, daß sie dem Unternehmer und einem Genossen Mitteilung vom dem Vorfall machten, waren in Wirklichkeit aber gar nicht bang, denn sie sind bald darauf den Angeklagten auf den Hals gerückt und haben Jagd auf die Arbeit verlangt. Als ihnen das nun verweigert wurde, weil man sie mit Recht für antisoziale Komplotte hielt, gingen sie ganz furios wieder an ihre Streikverurteilung. Die „Drohung“ hat also den Beuten gar nicht geschadet, und der Verteidiger der Angeklagten hielt dem Rechtsanwalt mit Recht vor, daß es doch viel näher gelegen hätte, die Angeklagten wegen einfacher Diebstahl zu erheben, weil dann, wenn nicht einfach auf Freisprechung, auf eine geringe Geldstrafe erkannt werden könnte. Die Vermutung läge sehr nahe, daß die Angeklagten nur deshalb auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erhoben worden sei, um den Angeklagten die Möglichkeit zu entziehen, mit einer Geldstrafe davon zu kommen. Der Gerichtsbescheid meinte, das gehöre nicht zur Sache, und der Rechtsanwalt erwiderte, er selbst habe die Angeklagten nicht gemacht; er müsse sie aber vertreten und könne nach § 153 der Gewerbeordnung keine andere als eine Freiheitsstrafe beantragen. Der Verteidiger hat dann, wenigstens Vergessen gegen die Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit Verleitung annehmen, dann sei die Gelegenheit gegeben, gegen die Angeklagten eine mäßige Geldstrafe zu verhängen. (Unsere wunderbaren Gesetze sind in diesem Falle so, daß, obwohl eine Tat mehr hinzukommt, auf Geldstrafe erkannt werden kann, während ein Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis geahndet wird.) Das Gericht folgte dem Rat des Verteidigers und nahm Vergessen gegen § 153 der Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit Verleitung nach § 185 als vorliegend an; aber es verurteilte trotzdem Mager und Hoffmann zu je einer Woche und Weber zu zehn Tagen Gefängnis. Freigesprochen wurde freigesprochen. Die Zeugung „von der heiligen Pflicht“ war nicht als unerlaubtes Mittel angesehen. Die übrigen Zeugnisse wurden als Drohungen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung angesehen.

Kein Hausfriedensbruch. Der Kollege Franz Martin in Bremen war am 8. Oktober d. J. von dem dortigen Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt. Nach zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor dem Landgericht ergibt sich folgender Tatbestand:

Ueber die Bauten der Firma Wülthe war im August d. J. von Seiten der Maurer die Sperre verhängt worden. Am Morgen des 7. August ging Martin im Auftrage des Verbands nach einem Lüttichschen Bau an der Geiselstraße, um zwei Maurer, die noch arbeiteten, auf die Sperre aufmerksam zu machen. In der Nähe des Hauses traf er dann den bei der Firma Wülthe beschäftigten Maurerpolier Kruse, mit dem er sich etwa eine halbe Stunde über die Differenzen unterhalten hat. Nach den Angaben des Angeklagten und der eidlich vernommenen Zeugen Schmiere und Träger hat Kruse bei dieser Unterredung die Versicherung gemacht, sie (die Maurer) sollten nur sehen, daß sie die beiden anderen Arbeiter auch nach dem Bau trügen. Martin ging kurz darauf nach der Baustelle, um den vom Verband erhaltenen Auftrag auszuführen. Als er sich wieder von dem Lüttichschen Grundstück entfernen wollte, hatte er noch ein Rencontre mit dem Techniker Menckert, der ihm wegen seines Verhaltens Verbalten machen wollte. Der Bote Kruse konnte sich vor Gericht zuerst nicht mehr erinnern, daß er dem Angeklagten und dessen Zeugen gegenüber eine ähnliche Versicherung gemacht habe. Erst durch wiederholtes Befragen des Verteidigers und des Vorsitzenden bemerkte Kruse, daß er für den einen Arbeiter allerdings keine Sympathie hatte, und sagte dann hinzu: „Es ist ja möglich, daß ich im Laufe des Gesprächs ein derartiges Wort gesagt habe; ich kann mich der Worte nicht mehr so genau erinnern.“ Außer dieser von dem Zeugen behaupteten Schlussbehauptung wurde von dem Angeklagten der Vertrag angeführt, der zwischen dem Unternehmer und Maurerorganisation geschlossen wurde. Nach dem Inhalt dieses Vertrages dürfen die Bauten nur gemeinschaftlich von einem Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter kontrolliert werden. Mit Rücksicht auf diese Vertragsbestimmung befandete der Vorsitzende, daß während einer Sperre derartige Abmachungen gewöhnlich gemacht außer Kraft gesetzt würden; ferner habe er sich zum Vertreter des Hauses für berechtigt gehalten, weil sich die Unternehmer Mager und Weber weigerten, mit ihm gemeinschaftlich die Bauten zu kontrollieren.

Das Gericht verurteilte auf die Vernehmung der sämtlichen Zeugen und nach längerer Beratung zu der Ansicht, daß der Angeklagte den Bau in der Nähe des Geiselstraßen-Baus nach dem bezeichneten Vertrag hätte der Aufsicht nicht die Befugnis, den Bau betreten zu dürfen, das Recht siehe ihm nur in Gemeinschaft mit einem Unternehmer zu. Die Frage, ob der Angeklagte bewußt widerrechtlich gehandelt habe, könne nach der Beweisführung nicht bejaht werden. Nach der Aufklärung des Faktors Kruse habe der Angeklagte geglaubt, den Bau betreten zu können. Zwei Zeugen hätten eidlich bezeugt, daß Kruse in der Tat eine solche Versicherung gemacht hat, und Kruse selbst könne nicht mit Bestimmtheit sagen, daß er die benannte Versicherung nicht gemacht hat. Deshalb lasse sich die Schlussbehauptung des Angeklagten, er habe sich zum Vertreter des Hauses für berechtigt gehalten, nicht widerlegen. Das Urteil lautete auf Freisprechung. Die Kosten der Verurteilung fallen der Staatskasse zur Last.

Verurteilter Streikbrecher. „Da haust Du einen schönen Bauern raus!“ jagte beim Anrücken der Streik der Maurer Max Huber zu dem „arbeitswilligen“ Eisenbauarbeiter Schmitz, den er bei der Arbeit vor einem Neubau beobachtete. Der Ausdruck soll eine scherzhafte Bezeichnung für eine nicht ganz ordnungsgemäße Arbeitsausführung sein. Der „Arbeitswillige“ schlug sofort mit der Handfläche auf den Krücker ein, so daß die Hand brach; dann warf er ihn zu Boden. Inzwischen kam der Unternehmer Bollberger hinzu, und als Huber aufstehen wollte, schlug auch der Unternehmer auf den Kopf des Schlägers. Der Angeklagte kam nun nach Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung vor Gericht. Der hingerufene Schmittmann hatte ihn angezeigt und in der Anzeige bemerkt, der Ausbruch:

„Da haust Du einen schönen Bauern raus“, sei eine Bezeichnung, die von den Streikenden oft gebraucht werde, um Arbeitswillige zu beleidigen und zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Das Gericht sprach Huber jedoch frei, dagegen wurden der Unternehmer und sein Streikbrecher wegen Körperverletzung zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Verschiedenes.

Ueber die Personen- und Gewerbesteuerreform ist, wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, zwischen den deutschen Bundesregierungen in allen Punkten ein volles Einverständnis erzielt worden. Für die Reform sind folgende Grundzüge maßgebend:

1. Fahrpreise für Personenzüge: Mindesteinkunftsätze für 1 Personenkilometer: ... 1. Klasse 7 1/2, 2. Klasse 4 1/2, 3. Klasse 3 1/2.
2. Begleit der Radfahrer zu ermäßigten Preisen.

niedrigste Klasse (IV oder — in Bayern, rechts des Rheins, und Baden — IIIb) 2 1/2

3. Beste Schnellzugssätze: Für 1 — 75 km 0,50 in 1. — 2. Klasse, 0,25 in 3. Klasse, 76 — 150 „ 1. — 2. „ 0,50 „ 3. „ über 150 „ 2. — 1. „ 1. — 2. „ 1. — 3. „
4. Gepäcktarif.

Gepäcktarif für Sendungen im Gewicht bis zu 200 kg: für je angefangene 25 kg

Genus	Auf Entfernungen von	A
Rabgabe	1 bis 25 km	0,20
I.	26 „ 50 „	0,25
II.	51 „ 100 „	0,50
III.	101 „ 150 „	0,75
IV.	151 „ 200 „	1. —
V.	201 „ 250 „	1,25
VI.	251 „ 300 „	1,50
VII.	301 „ 350 „	1,75
VIII.	351 „ 400 „	2. —
IX.	401 „ 450 „	2,25
X.	451 „ 500 „	2,50
XI.	501 „ 600 „	3. —
XII.	601 „ 700 „	3,50
XIII.	701 „ 800 „	4. —
XIV.	über 800 „	5. —

Für schwerere Sendungen, das auf eine Fahrkarte aufgegeben wird, kommen dieselben Sätze mit der Maßgabe zur Anwendung, daß das 200 Kilogramm übersteigende Gewicht doppelt zu rechnen ist. (Der Tarif findet nur Anwendung bei gleichzeitiger Lösung einer Fahrkarte.)

5. Allgemeine Ausnahmesätze: a) Zusammenstellbare Fahrkarten des Vereinstarifverkehrs.

Kilometrische Einheitsätze: 1. Klasse 7,3 1/2, II. 4,8, III. 4,2

Die Fahrkarteinhalte berechnen sich zur Vermutung aller Fälle: b) Ermäßigte Preise für Kinder und für Monats-, Schüler- und Arbeiterkarten.

c) Fahrpreisvergünstigungen im Anschluß an die bestehenden Verhältnisse für Ausflüge zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und Ferienkolonien, zu milden Zwecken usw.

d) Ermäßigte Mindesteinkunftsätze für Sonder- und für Feriensonderzüge.

6. Abweichungen.

Allgemein vorbehalten für den Stadt- und Vorortverkehr sowie für den Sonntagsverkehr.

Zur Aufhebung kommen insbesondere die bayerischen, württembergischen und badischen Fahrkarteinhalte, die württembergischen und obdenkurgischen Landesarten und die badischen Kilometerbefreiungen.

Vorausichtlich wird der neue Tarif am 1. Mai 1907 eingeführt werden.

Die moderne deutsche Konsumvereinsbewegung erzählt eine interessante Beleuchtung durch das vierte Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, das soeben im Verlage der Verlagsanstalt dieses Verbandes, H. Kaufmann & Co. in Hamburg, erschienen ist. Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vermehrt. Hand in Hand damit ist eine ungeheure Ausdehnung der einzelnen Vereine und der gesamten Bewegung gegangen. Außer 627 Konsumvereinsvereinen gehörten Ende des Jahres 1905 dem Zentralverband noch die Großkaufmannsvereine und 27 Produktivgenossenschaften an. Von den Konsumvereinsvereinen haben 787 Vereine mit 715 925 Mitgliedern zur Statistik berichtet. Es waren in diesen 7441 Personen in der Warenverteilung und 1280 Personen in der Warenproduktion beschäftigt. Sie erzielten einen Jahresumsatz von M. 188 418 768. Die 20 Produktivgenossenschaften, die zur Statistik berichtet, hatten Ende 1905 3310 Mitglieder, beschäftigten 645 Personen und hatten M. 8 457 472 Umsatz. Die Großkaufmannsvereine hatten 1905 M. 38 780 194 Umsatz und wird er im laufenden Jahre voraussichtlich auf M. 45 000 000 steigen. Was den Mitgliedern der Vereine durch die genossenschaftliche Organisation gebracht worden ist, ergibt man daraus, daß die Konsumvereinsvereine, obwohl sie ihren Mitgliedern durchweg bessere Waren und realeres Gewicht geben als der private Handel, noch einen Nettogewinn von M. 17 938 028 im Jahre 1905 erzielt haben, die teils zur Stärkung und Erweiterung des Geschäfts, teils an die Mitglieder in der Form von Rückvergütungen ausbezahlt wurden. Die 20 Produktivgenossenschaften hatten einen Nettogewinn von M. 91 140, die Großkaufmannsvereine von M. 288 605. Die Großkaufmannsvereine haben ihr Stammkapital im laufenden Jahre auf eine Million Mark erhöht.

Willst du die Konsumvereine haben besonders in den letzten Jahren Produktivgenossenschaften eingerichtet. Im Jahre 1905 sind für M. 17 464 126 eigenproduzierte Waren von den Konsumvereinen umgelegt. Die Eigenproduktion der Konsumvereine im Verband übersteigt also die der eigentlichen Produktivgenossenschaften etwa um das Fünffache. In erster Linie befassen sich die Konsumvereine mit der Herstellung von Waren. Bis zu 180 Genossenschaften haben eigene Webereien,

zum größten Teil fabrikmäßige, mit den modernsten technischen und hygienischen Einrichtungen ausgestattete Webereien. Daneben findet sich in kleinerem Umfang Schleiferei, Weberei, Schmelzschmelzerei (17 Betriebe), Raffinerie, Zuckerraffinerie und Konfektion (je 6), Limonaden- und Mineralwasserfabrikation (4), Molkerei und Käseerei (je 3), Zigarrenfabrikation und Zigarettenfabrikation (je 2), und verzinnter Eisenerzeugnisse, Wärsen, Feilen, Sauerbrunnenfabrikation usw. Das Stammkapital der Konsumvereine hatte Ende des Jahres 1905 eine Höhe von M. 140 994 809 erreicht, die angesammelten Fonds eine solche von M. 67 156 580. Es kommt also auf das Mitglied ein durchschnittliches Vertriebskapital von rund M. 80, ein immer noch sehr bescheidener Betrag, verglichen mit den M. 230, die in England durchschnittlich jedes Konsumvereinsmitglied allein als Stammkapital in seinem Verein haben. Sämtliche Konsumvereine hatten zusammen Grundbesitz im Werte von M. 28 741 108, dem eine Hypothekensumme von M. 44 749 429 gegenüberstand.

Ueber die Zugehörigkeit der Genossenschaftsmitglieder zu den verschiedenen Berufsgruppen macht das Jahrbuch folgende Mitteilungen: Es waren in den Genossenschaften 11 548 selbstständige Landwirte, 27 968 Angestellte der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte, 498 798 gewerbliche Lohnarbeiter und Angestellte, 16 070 landwirtschaftliche Angestellte und Arbeiter, 40 660 Personen ohne bestimmten Beruf.

Wird das moderne Genossenschaftswesen sich auf dieser ungewissen Bahn gefahrlos weiter entwickeln.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 11 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervorzuheben: Preussische Außenpolitik. — Die Landesorganisationen für Preußen. Von Wilhelm Dittmann-Frankfurt a. M. — Der Gegenstand gegen die gewerblichen Vertriebsvereine. Von Josef Herzog. — Friedrich Wilhelm IV. und Camphausen. Von Hermann Wendt. — Die Schule der Zukunft. Von Dr. H. Adams-Verhagen. (Schluß). — Zum Stand und zum Ausbau der Jugendfortbewegung. Von Heinrich Schulz. — Notizen: In der bayerischen Holzwirtschafts-Verbandsversammlung. Von E. G. — Literarische Rundschau: Brockhaus' kleines Konversationslexikon. Von sw.

Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisationen. In der Zeit einer neuen Prospekt, die von dem lebhaften Förderer der süddeutschen Jugendbewegung, dem Genossen Dr. Ludwig Frank, verfaßt, soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. In kurzen Zügen schildert der Verfasser den Übergang der handwerklich-mäßigen Produktion zum modernen Fabrikbetriebe, der auch die Ausbeutung der heranwachsenden Jugend in immer größerem Umfange gestattet. Zahlreiche Beispiele führt der Verfasser zur Unterstreichung seiner Auffassung an. Er zeigt soeben, wie der Staat sich zugegenen sieht, Schutz gegen die schrankenlose Ausbeutung zu erlassen, und wie die Staatsorgane die Handhabung dieser Gesetze betreiben. Ein besonderes Kapitel ist der Verleihung der Gewerkschaften gewidmet, und im Schlußkapitel wird die Notwendigkeit der Organisation der jugendlichen Arbeiter und Verleihung dargelegt, deren Ränge gegen die Verdrängung geschützt, in deren Vorgehen der Staat für künftiges Klassenbewußtsein gelegt werden muß.

Der Preis der Broschüre ist 50 Pf., eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe kostet 20 Pf. Zu beziehen in die Broschüre von jeder Buchhandlung, jedem Kolporteur usw. Vereine und Gewerkschaften, die eine größere Auswahl der Agitationsausgabe beziehen wollen, mögen wegen besonderer Preisvereinbarung anfragen bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Altburg. Am 14. Dezember starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege Johann Köhler aus Oberarnsdorf.
Ehre seinem Andenken!

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandstreffen werden dringend gebeten, alle Veranlassungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Dienstag, den 25. Dezember.

Artern. Radm. 3 Uhr im „Weissen Schwan“.
Hintersee. Radm. 3 Uhr. 2. O.: Verbandswahl. Gastfreier, Befehlshaber, Verbandsleiter.

Mittwoch, den 26. Dezember.

Neuhardenberg. Radm. 1 Uhr im Hofe von Klingel.

Donnerstag, den 30. Dezember.

Schkeuditz. Radm. 8 Uhr im Strohmanns Restaurant. Anträge und Delegiertenwahl zum Verbandstag.

Donnerstag, den 3. Januar.

Sommersfeld. Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Spandau. Abends 7 1/2 Uhr im Runder, Schwanenbräu, 20. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 6. Januar.

Letschla. Radm. 1 Uhr im Reisel.

Seehausen i. d. Alt. Generalversammlung.

Wusterhausen. In Freitag, 10. Jan. Radm. 10 Uhr. Verbands- und Delegiertenwahl.

Donnerstag, den 13. Januar.

Würzburg. Form. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Kaiser“. Delegiertenwahl zum Verbandstag.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Dietz & Co. in Hamburg.